

# Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei und des Verbands deutscher Arbeitervereine.

No. 29.

Leipzig, den 17. Juli.

1869.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12½ Rkr.; einzelne Nummern 1 Rkr. Abonnements für Leipzig nimmt entgegen Herr G. Richter, Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein, Universitätsstraße, und die Expedition d. Blattes in der Wohnung des Herrn A. Debel, Petersstraße 18. Für Dresden Filialexpedition (interimistisch) M. Gendel, Wallstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika &c. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London. Agent für London: A. Duenfing, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.

**Inhalt:** An die deutschen Sozial-Demokraten. — Politische Uebersicht. — An die Parteigenossen. — Contra Schweizer-Hahfeldt (Neude). — Vororts- und Arbeiter-Angelegenheiten. — Nürnberg, Genf, Zürich, Neu-Pest, Köln, Mainz, Burgstädt, Poelzig, Glogau, Nürnberg, Leipzig. — Beilage: Was Bürger drüben können und hüben könnten. — Ein Arbeiter über das Versammlungsrecht. — Aus England. — Aus Oesterreich. — Int. Gew.-Gen. der Manufaktur-, Fabrik- u. Handarbeiter. — Das sächsische Ostpreußen. — Der Doppelgänger Wagner's &c. &c.

## An die deutschen Sozial-Demokraten.

### Parteigenossen!

In der jüngsten Zeit haben sich im Schooße unserer Partei Ereignisse vollzogen, die jeden ehrlichen Sozial-Demokraten mit Freude erfüllen müssen. Der Bann, welcher bisher auf der sozial-demokratischen Arbeiterbewegung lastete, ist gebrochen; die Selbstsucht Einzelner, welche sich wie ein spaltender Keil in das Mark, in das Herz unserer Partei geschoben, ist entlarvt und niedergeschmettert, und es gilt nun, rasch zu handeln, damit die Früchte des Siegs uns nicht wieder entrisfen werden, und damit aus der heilsamen Revolution, welche sich soeben vollzogen hat, die Prinzipienreinheit und die einheitliche Organisation hervorgehen mögen, ohne die unsere Partei den ihr gebührenden Einfluß nicht ausüben, die ihr innewohnende Kraft nicht entfalten kann.

Lange, leider zu lange, war es dem Egoismus und der Bosheit Einzelner möglich, die Partei in sich zu verfeinden. Doch eine neue Zeit ist angebrochen; mit ehernem Finger zeigt sie uns auf die Nothwendigkeit hin, die Partei der gesammten sozial-demokratischen Arbeiter Deutschlands in sich zu einigen und dieselbe in die richtige, einzig zum Siege führenden Bahn der auf internationaler Grundlage beruhenden, großen Arbeiterbewegung hinüber zu leiten.

Wer, der ein aufrichtig denkender Sozial-Demokrat ist, sollte sich dieser Nothwendigkeit verschließen können? Wer sollte die unberechenbaren Vortheile für unsere Partei nicht ahnen, die sich aus einer derartigen Einigung auf Grund einer gemeinsamen Organisation, eines gemeinsamen Programms, eines gemeinsamen Auftretens in der politisch-sozialen Welt ergeben? — Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die große, die überwältigende Mehrheit unserer Parteigenossen der besseren Erkenntniß huldigt, daß sie gern und freudig die Hand zu dem stolzen Werke bietet, das endlich unsere Partei zur großartigen und wirksamen Machtentfaltung befähigt!

Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, haben wir uns auf einer in Braunschweig am 6. Juli ds. Js. stattgehabten Konferenz über die hierzu zunächst erforderlichen Schritte völlig verständigt, und berufen hiermit in Gemäßheit des dort gefaßten Beschlusses einen

## allgemeinen deutschen sozial-demokratischen Arbeiter-Congreß

auf Sonnabend, den 7. August, Sonntag, den 8. August, und Montag, den 9. August,

nach Eisenach.

Auf die Tagesordnung des Congresses sind, unbeschadet weiterer Anträge, folgende Punkte gesetzt:

1. Die Organisation der Partei.
2. Das Parteiprogramm.
3. Das Verhältniß zur Internationalen Arbeiter-Assoziation.
4. Das Parteiorgan (Blatt).
5. Die Vereinigung der Gewerkschaften (Gewerks-Gesellschaften).

Die auf diese fünf Punkte der Tagesordnung sich beziehenden spezielleren Anträge, z. B. Vorlage betreffs der Parteiorganisation u. s. w., werden ihrem Wortlaute nach spätestens Ende ds. Mts. gedruckt versandt werden.

Die Delegirten (Abgeordneten) zum Arbeiter-Congreß haben sich durch ein Mandat (Bollmacht), worin der Ort, für den sie abgeordnet sind, sowie die Zahl ihrer Wähler, die sie vertreten, angegeben sein muß, zu legitimiren. Es kann solche Legitimation erfolgen entweder durch Mandate, welche im Namen von Vereinen oder deren Mitgliedschaften, oder welche auch im Auftrage von zum Zwecke der Beschickung des Congresses stattgehabten Volksversammlungen ausgestellt sind, oder endlich durch Unterschriften der an einem Orte anwesenden Parteigenossen verfaßt sind. Mehrere Orte,

denen es zu schwer wird, je einen Delegirten zu senden, mögen zusammentreten, um mindestens gemeinsam einen Delegirten abzuordnen.

Es ist dringend nothwendig, daß der Congreß schon am Sonnabend, den 7. August, Abends 8 Uhr eröffnet wird, damit die Wahl des Bureaus und die Feststellung der Geschäftsordnung erfolgen kann, weshalb denn auch die Delegirten noch an diesem Tage (7. August) in Eisenach eintreffen wollen.

Wir geben uns der frohen Hoffnung hin, daß von allen Orten des großen Gesamt-Deutschlands, wo die Arbeit im Kampfe mit der Kapitalmacht, wo der Volkswille gegen die staatliche Reaktion tagtäglich im Ringen nach Freiheit begriffen ist, Vertreter zum Congreß abgeordnet werden — wir hoffen es zum Wohle und Wachsthum der Partei, welche die politischen und sozialen Rechte des gedrückten Volkes mit Flammenschrift auf ihre Fahne schrieb.

Auf, Parteigenossen, zu wirken für den allgemeinen deutschen Arbeiter-Congreß, zu wirken durch ihn für die Größe und Einheit der Partei!

Mitglieder des ehemaligen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins:

J. Bremer in Magdeburg; Hoffmann in Neustadt-Magdeburg; W. Klees in Budau bei Magdeburg; Th. York, Lehmann in Harburg; August Geib in Hamburg, Köddingsmarkt 12, M. Edelmann, Rudolph Praast, E. Hochmeyer, Joh. Levien, Ed. Frey, H. Schults, H. Engel in Hamburg; v. Daacke, Wäge, Eckstein in Altona; Aug. Dreyer, Hingstmann, W. Lehnhoff in Celle; E. Heyder in Bremen; W. Bracke jr., H. Ehlers, C. Lüdecke, A. Schrader in Braunschweig; Dr. E. Kirchner in Gotha; Rudolph Blanchard in Altenburg; L. Albani, C. W. Schumann in Limbach; Fr. Fölling in Dessau; G. Kaufmann in Gera; C. Knieling, Dr. A. D. Walster in Dresden; F. Breuer in Breslau; Fr. Ellner in Frankfurt a. M.; L. Jelle in Augsburg; Rüdiger in Freiburg i. Br.; C. Müller in Biebrich; L. v. Bonhorst, Carl Stück in Wiesbaden; B. Henning in Coblenz; C. Berg, Schob in Köln; Ernst Wille Namens der Parteigenossen zu Ronsdorf; Leyendecker in Mainz; J. M. Hirsch in Winkel i. Rheingau; A. Feyer jr. in Dönabriet; C. Sartor in Schwelm; A. C. Leivertus in Barmen; C. Naters in Halberstadt; Aug. Gimscht, A. Welle in Frankenhausen; Louis Schumann, A. Ellinger in Berlin.

Mitglieder des Cassalle'schen Allgem. Deutschen Arbeitervereins:

Carl Freundschaft in Chemnitz, Präsident des Vereins.

A. Brühl, Gustav Wunsch in Harthau bei Chemnitz.

Die deutsche Abtheilung der Internationalen Arbeiterssoziation in Genf:

Joh. Ph. Becker, Präsident; Remy, Sekretär.

Das Central-Comité der deutschen Arbeitervereine der Schweiz in Genf:

Luid, Präsident; Hofener, Arnold, Amand Gögg, Redakteur des „Felleisen“.

Deutsch republikanischer Verein und deutscher Arbeiter-Verein in Zürich:

Dr. Ladendorf, H. Greulich, F. Beuß, Seelos.

Für die Arbeiter Oesterreichs:

H. Oberwinder, H. Hartung in Wien; W. Beschau, A. Macher, A. Straßer in Graz.

Der Verband der deutschen Arbeitervereine:

Für den Vorort Leipzig: Bebel, Vorsitzender; Baer, Schriftführer; Hadlich, Kassirer; Ulrich, Schmalz, Martin, Thebus, Beißiger; Liebknecht, Redakteur des Vereinsorgans „Demokratisches Wochenblatt“; Senferth, Taute, E. Werner in Leipzig. J. Bahleisch, Kobisch, W. Müller in Dresden; J. Mottele, E. Stehfest, Stolle, E. Müller in Grimnitzschau; Eberlein, Wohlfahrt, Hermann in Meerane; Albert, Uhlig in Glauchau; Scherf, Schubert in Verdau; Krause in Mülsen St. Jakob; Demmler in Geyer; Wilhelm, Schmiedel, Böhne in Hohenstein-Ernstthal; Kötz, Mathes in Lichtenstein-Callenberg; A. Fischer, H. Grunert in Wittweida; Frid, Engelmann in Hainichen; Hesse, R. Teufcher in Großenhain; Löscher in Reichenbach i. B.; Hüper in Lunzenau; Jungnickel, Hering, Uhlmann in Lugau; H. Päßler, Fr. Wolf in Thurm; Wilh. Krannich, H. Müller in Burgstädt; Engelhardt in Ronneburg; Brätter in Gera; Dr. Sy in Jena; A. Müller, Kraft in Weimar; Heimann, Rieger, Franz Göpfert in Coburg; Löwenstein in Jülich; Müll, J. Jaaz, Carl Hirsch, J. Siebert, K. Böhm in Nürnberg; A. Noz in Stuttgart; Schoed, Banzhai, Baelde in Eßlingen; F. Simon, Holzbauer in Aalen; Fr. Wilhelm in Geislingen; Karl Bürger, J. Bronnenmeyer, Kuttner in Göppingen; Fettsacker, Roth in Reutlingen; W. Ag in Hall; Teufel in Tuttlingen; Eckert in Giengen i. B.; Stier in Rottweil; Dorn in Apolda; Zierfass, P. Stumpf in Mainz; K. Klein, F. W. Moll, C. Kepping, C. v. Gießen, Ed. Müller, G. Mayer, P. Birg, F. Höstery in Solingen; Rob. Hülsip, Otto Köll, H. Hillmann, K. Schmelzer, G. Walter in Barmen-Elberfeld; Kuhlmann in Bielefeld; Szymanowsky, Beuthner, C. Sieland in Luckenwalde; Fr. Wille, F. Megner, Wilh. Eichhoff, H. Havenith, A. Reimann, L. Aron, G. Kaerger, W. Wellner, H. Vogel, Ad. Runge, H. Peter in Berlin.

## Politische Uebersicht.

Der theilweise Rücktritt des Grafen Bismarck bildet für die national-liberalen Politiküsse noch immer ein ungelöstes Räthsel. Wir sagen: Rücktritt, denn um einen bloßen „Urlaub“ handelt es sich nicht, sonst würden die halbamtlichen Blätter nicht so unverblümt auf die Möglichkeit hinweisen, daß der edle Graf nie wieder seine Funktionen im preussischen Staatsministerium übernehmen werde. Und, das kann sich Jeder an den fünf Fingern abzählen, wenn Graf Bismarck nicht wieder ins preussische Staatsministerium zurückkehrt, dann ist es auch mit der Bundeskanzlerschaft vorbei. Denn nicht als Bundeskanzler hat er seine Macht, sondern als königlich preussischer Minister; der Nordbund, wie männiglich bekannt, ist nichts anderes, als ein um etwa ein Fünftel erweitertes Preußen, sein Schwerpunkt liegt

in Preußen, und wer in Preußen herrscht, herrscht auch im Nordbund. Wer aber nicht in Preußen herrscht, kann auch nicht im Nordbund herrschen.

Uebrigens sind wir der Meinung, daß die jegige „Ministerkrise“ noch einmal vorübergehen werde, und zwar aus dem schon früher angedeuteten Grund, weil Graf Bismarck keinen Nachfolger finden wird. Wer wird die Erbschaft des Jahres 1866 antreten wollen?

Man erzählt sich, ehe Graf Bismarck nach Barzin gegangen, habe er mit Rücksicht auf die jüngsten Ereignisse in Frankreich und mit einem Wink auf die preussischen Verhältnisse spottend gesagt: „Wenn der franz. Kaiser eine parlamentarische Regierung einführt, nehme ich den Gesandtschaftsposten in Paris.“ Hat Graf Bismarck wirklich diese Aeußerung gethan, so hat er damit bewiesen, daß er die Unvereinbarkeit des Cäsarismus mit der Freiheit, und wäre es auch nur einer par-

lamentarischen", vollkommen begreift, — besser als die Herren Nationalliberalen und Fortschrittler, die sich zu der Erkenntnis dieser einfachen Wahrheit nicht emporzuschwingen vermögen. So jubeln die guten Leuten jetzt über ein soeben für den Nordbund veröffentlichtes Gesetz, „das die Gleichberechtigung aller Confectionen“ in bürgerlicher und staatlicher Beziehung verkündet.

Da die „Gleichberechtigung aller Confectionen“ seit Jahrzehnten in Preußen und den übrigen Staaten des Nordbunds verfassungsgemäß besteht und Hr. v. Mähler ruhig im Amt bleibt, so liegt der einzige Werth besagten Gesetzes darin, die Norddeutsche Bundesmakulatur um ein „Stück Papier“ zu vermehren.

Uebrigens beginnt doch selbst in den Köpfen der preussischen Spießbürger die Ueberzeugung aufzudämmern, daß der norddeutsche Parlamentarismus bloß ein jämmerlicher Humbug ist. Die „Vossische Zeitung“, das unter dem Berliner Mittelstand am meisten gelesene Blatt, welches sich keiner der „liberalen“ Klippen angeschlossen hat, enthielt vorige Woche einen bemerkenswerthen Leitartikel, der dieß unverblümt ausspricht. Nach Erörterung der Frage, welche Folgen etwa die Vorgänge im „Reichstag“ in Belgien und England gehabt haben würden, fährt das Blatt fort: „Aber wir machen solche constitutionelle Ansprüche nicht und können sie auch nicht machen, denn in der That haben wir keine Verfassung mehr — die Verfassung des Norddeutschen Bundes ist eine Geschäftsordnung; denn ihr fehlen nicht nur große und wichtige Verwaltungsweige, sondern auch die constitutionell unentbehrlichen Grundrechte, Verfassungsgarantien und das verantwortliche Ministerium, sie ist eine lockere und oberflächliche Anordnung für den Geschäftsverkehr zwischen den Bundesregierungen und der Volksvertretung — nicht beschränkt durch konstitutionelle Paragraphen, tritt die Persönlichkeit in ihr Recht, die Verfassung des Norddeutschen Bundes ist Graf Bismarck. Und was Graf Bismarck auch anfangen mag, aus seiner Natur kann er nicht heraus — wo seine Person zur Geltung kommt, nimmt er die angebotenen Vorstellungen des preussischen Junkerthums, wenn auch unter anderen Formen, mit; von dem übrigen Deutschland hat er bei jeder Gelegenheit eine möglichst niedrige Meinung ausgesprochen; er kennt nur die materiellen Mittel Preußens zur Lösung einer nationalen Aufgabe, von den sittlichen und geistigen hält er nichts; statt auf die Wiedergewinnung der entfremdeten Glieder der Nation, ist sein Augenmerk mehr auf die Vergrößerung der Hohenzoller'schen Hausmacht gerichtet!“

Welche Jeremiade indes die „Vossische Zeitung“ nicht hindern wird, dem Grafen Bismarck eine Lobhymne zu singen, falls er nochmals den „nationalen“ Klepper besteigen sollte.

„Sparen“, „Sparen“ ist fortwährend die Lösung in Berlin. Natürlich „Sparen“, wo es dem „Militärstaat“ keinen Abbruch thut. Man „spart“ so eifrig, daß z. B. die Bundes-telegraphenbureau, deren Beamtenpersonal auf das Minimum herabgespart worden ist, die einlaufenden Depeschen nicht mehr befördern können, und Telegramme oft später anlangen, als gleichzeitig aufgegebenen Briefe. Freilich, da auch im Postwesen die nämliche „Sparfameit“ herrscht, wird das richtige Verhältnis zwischen Telegraphen- und Post-Geschwindigkeit wohl bald wieder hergestellt sein.

Desto fröhlicher entfaltet sich der „Militärstaat“. Nach halbquntlichen Andeutungen soll der Etat pro Kopf des norddeutschen Bundesoldaten mindestens um 10, vielleicht aber auch um 15 Thlr. erhöht werden. Das würde die kleine Summe von 3—4 1/2 Mill. Thlr. jährlich ausmachen. „Vielleicht wächst aber, bemerkt dazu der Berliner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“, der Appetit noch, ehe die Mahlzeit angerichtet wird. Es wachsen ja die Bedürfnisse für Alles. Unser Kadettenhaus, das einen Flächenraum von 8 Morgen hat, soll bekanntlich vergrößert werden; ein Terrain auf Charlottenburger Gebiet von 16 Morgen Größe war für die neuen Gebäude bestimmt. Jetzt soll, wie es heißt, der Bau nicht begonnen werden, weil 16 Morgen nicht ausreichen. Die Zahl der Kadetten vermehrt

sich nämlich fortwährend und schon liefert Süddeutschland, namentlich Baden, ein starkes Kontingent nach Berlin.“

Man sollte nun eigentlich denken, der Nordbund sei ein wahres Paradies der Soldaten. Sonderbarer Weise scheinen die Soldaten anderer Ansicht. Die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ bringt unter der Ueberschrift: Der Selbstmord im norddeutschen Bundesheer einen Artikel, der folgende statistische Tabelle aufstellt:

Es kam jährlich ein Selbstmord		im norddeutschen Bundesheer (1868) auf ca.	
in Dänemark (1845—56)	3900	2238	Individuen
„ Sachsen (1847—51)	5000		
„ Hannover (1848—55)	8800		
„ Baden (1852—55)	9000		
„ Norwegen (1846—55)	9000		
„ Preußen (1849—52)	9000		
„ Württemberg (1846—60)	8784		
„ Frankreich (1849—54)	10000		
„ Schweden (1840—50)	15000		
„ Bayern (1844—51)	15000		
„ Belgien (1841—50)	17800		

Das Blatt fährt fort: „Da nun z. B. in Frankreich drei männliche Selbstmorde auf einen weiblichen kamen (in Württemberg sogar 4, 4 männliche auf 1 weiblichen), so ergiebt eine einfache Rechnung, daß ebendasselbst auf ca. 6666 männliche Personen ein Selbstmörder kam (dagegen erst auf 20,000 weibliche Personen eine Selbstmörderin), und jetzt erst können wir vergleichen, und können sagen, daß der männliche Selbstmord im norddeutschen Heere beinahe dreimal stärker ist als in der männlichen Bevölkerung des französischen Reichs. Freilich auch so noch ist das Verhältniß kein reines, schon darum, weil unser letztes französisches Zählungsjahr um 14 Jahre hinter dem norddeutschen zurückliegt.“ Zudem endlich das Blatt konstatiert, daß im norddeutschen Heere auf 1458 Gestorbene 134 Selbstmörder, also auf 11 Todesfälle ein Selbstmord kommen, schließt es den Artikel mit den Worten: „Woher nun aber, so fragen wir, jenes schauerliche Verhältniß? Vor einigen Tagen haben wir, noch ohne Kenntniß desselben, die Wissenschaft der Statistik eine ethische Nationalmathematik genannt; wir haben einen traurigen Grund mehr, diese Benennung heute zu wiederholen. Unter nicht ganz 11 Todesfällen ein Selbstmord — das streift an Wahnsinn.“

Diese Statistik ist nicht vollständig; es wäre vor Allem nöthig nachzuweisen, wie sich in den einzelnen Bundeskontingenten die Zahl der Selbstmorde vor dem Eintritt in den Nordbund zu der Zahl der Selbstmorde nach dem Eintritt verhält. Was Sachsen anbelangt, so ist es eine landkundige Thatsache, daß die Zahl der Selbstmorde unter den Soldaten sich seit Einführung des preussischen Militär-Reglements haarsträubend vermehrt hat.

Aus Darmstadt schreibt man: „Es ist wahrlich kein Vergnügen, über unsere Kammerverhandlungen zu berichten, namentlich wenn man, wie heute, die schimpfliche Thatsache mitzutheilen hat, daß die Prügelstrafe, welche im Großherzogthum gesetzlich unzulässig war, von Preußen aus wieder importirt wird, wenn auch nur für das Militär, und daß unsere Abgeordneten — die Schamröthe kommt mir fast in's Gesicht — sich nur mit 6 Ausnahmen der „Nothwendigkeit“ fügten. Nur Dumont erklärte, wenn ihm je ein Prügelstück zu Ohren komme, das Kriegsministerium wegen Ungefeglichkeit zur Rechnung ziehen zu wollen. Die Nationalliberalen stimmten natürlich für Prügel, sie kommen ja aus dem Staate des deutschen Berufes, und was von dort kommt, ist vortrefflich.“

Die Hessendarmstädter mögen sich trösten. Es ist doch ein schönes Ding um die Einheit, und wäre es nur die Einheit des Stocks. Wir in Sachsen können auch ein Liedchen von der „Einheit“ singen. In das „einheitliche“ Gesetzbuch, welches für den Nordbund ausgearbeitet wird, ist die Todes-

Kraft aufgenommen worden und es ist sehr wahrscheinlich, daß wir sie der „Einheit“ zu Lieb wieder einführen müssen!

Aus Oesterreich meldet man mit Triumphgeschrei, daß der erste Preßprozeß vor dem Schwurgericht stattgefunden hat. Gleichzeitig meldet man ohne Triumphgeschrei die abermalige Beschlagnahme der Castelar'schen Rede. Bürgerministerlich.

Während die Arbeiterbewegung thatsächlich in der kleinlichsten Weise verfolgt wird, klingt es wie ein schlechter Spaß, daß der österreichische Kaiser, wie der Bürgermeister von Wien neulich dem Gemeinderath anzeigte, „geruht hat, sich über die Nothlage der ärmeren Volksklassen theilnehmend auszusprechen.“ Was nützt die „Theilnahme“, wenn sie sich nur in Worten äußert? Doch, wie sollte sie sich anders äußern? In die alten Schläuche läßt sich der neue Wein nicht fassen, und ein Thor, der da glaubt, auf der morschen Grundlage des alten Staats lasse sich die neue Gesellschaft aufbauen!

In Krakau wurde die Beisetzung der kürzlich durch Zufall entdeckten Ueberreste des polnischen Königs Kasimir zu einer nationalen Kundgebung benutzt, die von der österreichischen Regierung sichtlich begünstigt ward und daher in Berlin und Petersburg einen doppelt unangenehmen Eindruck gemacht hat.

Der ungarische Reichstag will nicht recht nach der Wiener Pfeife tanzen; fast in jeder Sitzung kommen heftige Szenen vor, die den provisorischen Charakter des „Ausgleichs“ bloßlegen.

Was wir vorige Woche über die angebliche Lösung der belgisch-französischen Frage bemerkten, hat schon durch die Thatsachen seine Bestätigung gefunden. Es sind plötzlich „unerwartete Schwierigkeiten“ aufgetaucht und die Angelegenheit ist genau auf dem alten Fleck. Uebrigens wird man wohl die Eisenbahn-Streitigkeit bald durch ein Abkommen erledigen, da die belgische Regierung in allen Punkten nachgibt; allein damit wäre, wie schon gesagt, nur ein Vorwand aus dem Weg geräumt, und Vorwände beseitigen ist eine undankbare und hoffnungslose Arbeit; wie der lernäische Schlange für jeden Kopf, den Herkules ihr abschlug, zwei neue hervorstachen, so treten an Stelle jedes entfernten Vorwands ihrer zwei und mehr. Herkules wußte sich zuletzt mit Feuer zu helfen; aber Graf Bismarck ist kein Herkules — trotz der nationalliberalen Mythologen, die ihn dazu stempeln wollen.

Mittlerweile hat Bonaparte in Paris eine neue Komödie in Szene gesetzt. Am Montag ließ er im gesetzgebenden Körper folgende „Botschaft“ verlesen:

„Durch meine Erklärung vom 28. v. Mts.\*) theilte ich Ihnen mit, daß ich Ihnen in der ersten ordentlichen Sitzung die Entscheidung über Gesegentwürfe unterbreiten würde, welche geeignet erscheinen möchten, die Wünsche des Landes zu verwirklichen. Der gesetzgebende Körper scheint indessen den Wunsch zu hegen, die beschlossenen Reformen sofort kennen zu lernen. Ich erachte es für nützlich, diesen Bestrebungen entgegen zu kommen. Es ist mein fester Entschluß, den Befugnissen des gesetzgebenden Körpers diejenige Erweiterung zu geben, welche verträglich ist mit den Grundlagen der Verfassung. Ich will durch diese Botschaft die im Conseil gefaßten Beschlüsse auseinandersetzen. Der Senat wird so bald als möglich zusammenberufen werden, um die folgenden Fragen zu prüfen:

- 1) Dem gesetzgebenden Körper soll das Recht beigelegt werden, seine Geschäftsordnung festzustellen und seinen Vorstand zu wählen.
- 2) Die bisherige Einrichtung bei Einbringung und Prüfung von Amendements soll vereinfacht werden.
- 3) Die Regierung übernimmt die Verpflichtung, dem gesetzgebenden Körper Tarifveränderungen in den auswärtigen Handelsverträgen zu unterbreiten.
- 4) Das Budget soll nach Kapiteln berathen werden, um

die Controle des gesetzgebenden Körpers wirksamer zu machen.

5) Aufhebung der Unverträglichkeit des Deputirtenmandats mit gewissen Staatsämtern, namentlich mit denjenigen der Minister.

6) Ausdehnung des Interpellationsrechtes.

Die Regierung wird auch Fragen prüfen, welche den Senat interessieren. Die wirksamere Solidarität, welche die Fähigkeit, die Funktionen eines Deputirten und eines Ministers gleichzeitig auszuüben, zwischen Kammer und Regierung vorstellen wird, die Anwesenheit aller Minister bei den Kammerverhandlungen, die Berathungen der Staatsangelegenheiten im Conseil, das loyale Einvernehmen mit der vom Lande constituirten Majorität, alles das sind Garantien, welche wir in unserer gemeinschaftlichen Sorgfalt erstreben. Ich habe schon zu wiederholten Malen gezeigt, wie sehr ich im öffentlichen Interesse geneigt war, gewisse Prärogative (Kronrechte) aufzugeben. Die Aenderungen, welche ich mich entschieden habe in Vorschlag zu bringen, bilden die natürliche Entwicklung derjenigen, welche successive in die Institutionen des Kaiserreiches hineingetragen sind. Dieselben sollen übrigens die Prärogative, welche das Volk mir in der klarsten Weise anvertraut hat, und welche die wesentlichen Bedingungen sind für eine Staatsgewalt, welche die Schutzwehr der Ordnung und der Gesellschaft ist, unberührt lassen.“

Alles schon dagewesen! Schon vor 3 Jahren versuchte es Bonaparte mit der „Freiheit“ und die „Freiheit“ wollte nichts von ihm wissen, und auch jetzt wird sie ihm einen Korb geben. Für uns hat die kaiserliche „Botschaft“ nur in so fern ein Interesse, als sie den Bankrott des Cäsarismus ankündigt.

Im Vorbeigehen sei erwähnt, daß Rouher, der „Vizekaiser“ seine Entlassung gegeben und erhalten hat. Also ein Bedientenwechsel — Verzeihung, wir wollten sagen Ministerwechsel. Auch ist der gesetzgebende Körper auf einige Zeit vertagt worden, damit Bonaparte mit Ruhe auf dem Winde brüten kann.

Bei Gelegenheit der Wahlprüfungen sind so skandalöse Dinge zu Tage gekommen, daß die Kammermajorität bei einer Wahl gegen die Regierung stimmen mußte. — Auf derlei Unabhängigkeitsgelüste ist indeß durchaus kein Werth zu legen, und die Phantastepolitiker, welche daraus schon auf eine ernsthafte und erfolgreiche Opposition des gesetzgebenden Körpers schließen, befinden sich im nämlichen Irrthum, wie diejenigen unsrer Landsleute, die da glauben, der Norddeutsche „Reichstag“ könne sich auf die Hinterbeine stellen und einen staatsumgestaltenden Einfluß ausüben. Der Despotismus — trete er nun als nackter persönlicher Absolutismus oder als, mit demokratischen Formen spielender Cäsarismus auf, schließt die Möglichkeit der Reform von vornherein aus. Der Parlamentarismus, den er duldet, ist nur ein Scheinparlamentarismus, und sollten die Herren Scheingesetzegeber so vermaßen sein, sich als wirkliche Gesetzgeber aufspielen zu wollen, so jagt man sie einfach zum Tempel hinaus.

Mittlerweile fährt Bonaparte in seinen Kriegsrüstungen fort — auf militärischem wie auf politischem Gebiet. Neuerdings soll er der italienischen Regierung die Räumung Roms für die Neutralität im Fall eines Krieges zwischen Frankreich und Preußen angeboten haben.

Da der Mordanschlag auf Lobbia mißlungen ist, muß nun die italienische Kammermajorität die gegen verschiedene, der Regierung bedenklich nahe stehende Volksvertreter erhobene Anklage auf Bestechlichkeit von einer Commission untersuchen lassen. Wie nicht anders zu erwarten, wird Alles aufgeboteht, um die Schuldigen der gebührenden Bestrafung und Brandmarkung zu entziehen und namentlich um den Beweis unmöglich zu machen, daß die Regierung selbst die Verantwortlichkeit für die herrschende miserable Wirthschaft trägt. Ohnehin ist die juristische Begründung solcher Anklagen überhaupt sehr schwierig. Der Bestecher hat ebenso gut als der Bestochene ein Interesse, die Sache geheim zu halten; Zeugen des Akts der Be-

\*) bei Gelegenheit der Kammereröffnung.

rechnung giebt es natürlich nicht, da Niemand zugegen ist, der nicht eingeweiht, folglich Mitschuldiger ist. Direkte Beweise sind also nur dann vorhanden, wenn einer der Mitschuldigen sich aus dem einen oder dem anderen Grunde bewegen findet, die Wahrheit zu sagen, oder wenn die größte Unvorsichtigkeit obwaltet. Je höher gestellt aber die Schuldigen sind, desto seltener ist dies der Fall, und man wird deshalb fast immer auf den indirekten Beweis, den Indizienbeweis beschränkt sein, der stets schwer zu führen ist. Dies zeigt sich auch bei der vorliegenden Untersuchung: die Zeugen geben ausweichende Antworten, besinnen sich nicht mehr auf frühere Äußerungen oder leugnen sie geradezu ab — und da nun die Commission fast ausschließlich aus politischen Freunden der Angeklagten besteht, so kann man sich von den Hindernissen einen Begriff machen, mit denen Lobbia und sein Mitankläger Crispi, das Haupt der äußersten Linken, zu kämpfen haben. Inbezug ist schon genug Material vor ihnen zu Tage gefördert worden, um in jedem Unbefangenen die Ueberzeugung hervorzurufen, daß die Anklage eine wohlberedigte war.

Wesentlich gebessert wird die Lage der spanischen Republikaner durch das Zerwürfniß, welches im Schooße der monarchischen Majorität ausgebrochen ist. Die verschiedenen Fraktionen derselben sind über den Balg des noch nicht erlegten Bären einander so in die Haare gerathen, daß eine Ministerkrise unvermeidlich und die Regentschaft Serrano's in Frage gestellt scheint.

Wie die Uneinigkeit der Gegner den Republikanern bisher die Zeit gab, sich zu organisiren, so wird sie ihnen vielleicht bevor lange den endgültigen Sieg geben.

Man schreibt uns, Herr von Schweizer verbreite unter dem Häuflein seiner Getreuen das Märchen, die Internationale Arbeiterassoziation stünde auf seiner Seite. Der in unsrer letzten Nummer veröffentlichte Beschluß der deutschen Sektion in Genf muß die Angelegenen schon stutzig gemacht haben. Wir können weiter versichern, daß der Generalrath der Internationalen Arbeiterassoziation über Herrn von Schweizer genau so denkt wie wir, jedoch, um der deutschen Arbeiterbewegung ihre vollkommene Unabhängigkeit zu lassen, es nicht für zweckmäßig erachtet, sich jetzt thätig einzumischen. Falls Herr von Schweizer die Stirn haben sollte, sich, wie er angekündigt hat, zu dem nächsten Internationalen Arbeitercongreß einzufinden, so würde ihm einfach die Thür gewiesen werden. Ist das deutlich?

Auf dem bevorstehenden Congreß werden außer Wien auch die bedeutendsten der übrigen Städte Oesterreichs vertreten sein.

Auf der letzten Volksversammlung in Berlin sagte Haselmann (Drahtpuppe Schweizer's): die österreichischen Arbeiter hätten sich dem Schweizer'schen Verein bloß deshalb nicht angeschlossen, weil das Vereinsgesetz sie daran hindere. Abgeschmackte Lüge. Die österreichischen Sozial-Demokraten wollen mit Herrn v. Schweizer nichts zu thun haben, weil sie ihn für einen unehrlichen Menschen halten. In der letzten Nummer ihres Organs (der „Volksstimme“) ist's mit einer Deutlichkeit gesagt, die nichts zu wünschen übrig läßt.

## An die Parteigenossen!

Leipzig, den 14. Juli 1869.

Zu der heutigen Nummer (81) des „Sozial-Demokrat“ macht Herr v. Schweizer bekannt, daß der Allg. Deutsche Arbeiterverein, d. h. Herr v. Schweizer, sich auf dem Eisenacher Congreß werde vertreten lassen und veröffentlicht zu diesem Zweck eine Reihe von Resolutionen, welche die Mitglieder des

Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins auf dem Congreß durchdrücken sollen.

Gleichzeitig mit dieser Nummer des „Sozial-Demokrat“ geht uns ein Schreiben aus Berlin zu, worin uns angezeigt wird, daß dem Herrn Dr. Schweizer durch Vermittlung der Gräfin Hagfeldt eine große Summe Geldes zur Verfügung gestellt sei, um eine größere Anzahl der fanatisirtesten Mitglieder seines Vereins nach Eisenach spediren zu können. Es sei auf eine Sprengung des Congresses abgesehen.

Weiter wird uns in diesem Schreiben mitgeteilt, daß die auffallende Rücksicht, welche die Berliner Polizei gegen Dr. Schweizer beobachtet, der eigentlich nach Schluß des Reichstags und Zollparlaments den Rest einer dreimonatlichen Haft hätte antreten müssen, auf das Innigste mit den Agitationen des Dr. Schweizer in Verbindung stehe. „Schweizer arbeitet, heißt es in dem Schreiben, pour le roi de Prusse — für den König von Preußen — da kommt es auf einige Hundert Thaler nicht an, die geheimen Fonds sind gefüllt.“

In Bezug auf letztere Nachricht müssen wir allerdings constatiren, daß kein Sterblicher in Preußen sich je einer milderen Behandlungsweise von Seiten der Polizei zu erfreuen gehabt hat wie Herr Dr. Schweizer. Die Abtzigung der dreimonatlichen Haft, zu der er in Folge der Herausgabe einer Broschüre verurtheilt wurde, ist ihm wunderbar leicht gemacht worden. Einige Wochen saß er vor Weihnachten ab, da wurde er wegen schwerer Krankheit seines Vaters der Haft entlassen. Der Vater starb, zu Neujahr kehrte Dr. Schweizer nach Berlin zurück und im „Sozial-Demokrat“ wurde angezeigt, daß Schweizer wieder ins Gefängniß gehe. In der darauffolgenden Nummer aber wurde bereits mitgeteilt, daß Schweizer „für Ordnung dringender Familienverhältnisse“ Urlaub bekommen habe, und zwar dauerte dieser Urlaub volle sieben Wochen; erst am 18. Februar ging Schweizer wieder ins Gefängniß, d. h. knappe 14 Tage vor Eröffnung des Reichstags, wo er als Reichstagsmitglied wieder freigelassen werden mußte. Hat aber Dr. Schweizer während jener Zeit sich der Agitation enthalten? Nein! Er berief die Barmen-Elberfelder Generalversammlung ein, er ordnete und leitete die Agitation in Süddeutschland und Sachsen, alles unter den Augen der Berliner Polizei.

Daß die Berliner Polizei andern Preßverurtheilten gegenüber weniger glimpflich verfährt, beweist folgender Fall aus der neuern Zeit. Dr. G. Weiß, Redakteur der „Zukunft“, war zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt. Das Urtheil war kurze Zeit gefüllt, da erschienen eines schönen Sonntag Morgens um 5 Uhr Schutzmänner in der Wohnung des Herrn Dr. Weiß, holten ihn aus dem Bett und führten ihn ab in die Stadtvoigtei. Das geschah dem „bürgerlichen Demokraten“ Dr. Weiß wegen einer Gefängnißstrafe von 14 Tagen, dem „Sozial-Demokraten“ Dr. Schweizer, der zu 3 Monaten verurtheilt ist, läßt man den Gefängnißtermin sich selber wählen und beurlaubt ihn nach seinem Belieben, um — zu agitiren.

Herrn Schumann in Berlin, einem früheren Anhänger Schweizer's, ging es ähnlich wie Dr. Weiß. Er war zu vier Wochen Gefängniß verurtheilt und vor einigen Monaten ward er unerwartet eines Tages in seiner Wohnung durch Schutzleute gefaßt und ins Gefängniß abgeführt. So ging's dem Diener, den Herrn läßt man laufen.

Noch ein zweites Beispiel polizeilicher Fürsorge für Dr. Schweizer. Im Jahre 1866 war Dr. Schweizer zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängniß verurtheilt. Nachdem er kaum einige Monate gefessen, ward er aus dem Gefängniße entlassen „wegen angegriffener Gesundheit“. Herr Dr. Schweizer war also krank und hätte sich pflegen müssen; statt dessen benutzte

er den Urlaub, um während des Krieges in Norddeutschland (Leipzig, Erfurt etc.) herumzureisen, öffentliche Versammlungen abzuhalten und in diesen für die Bismarck'sche Politik und die Preussischen Darlehnscheine Propaganda zu machen. Das that der „franke“ Dr. Schweiger unter den Augen der preussischen Polizei, d. h. mit ihrem vollen Einverständnis. Als der Krieg beendet war, kam die Amnestie, damit war auch Dr. Schweiger seiner Strafe enthoben. Thatsachen sprechen. Wir fordern Hrn. Dr. Schweiger hiermit öffentlich auf, diese Anklage zu widerlegen. Wir fordern ihn weiter öffentlich auf, nicht allein seine Werkzeuge nach Eisenach zu schicken, sondern selbst hinzukommen. Ein Wort bei der Berliner Polizei und der Urlaub wird bewilligt — falls Herr Dr. Schweiger sich überhaupt noch anstandslos sollte einsperren lassen.

## Contra Schweiger-Hatzfeldt (Wende).

(Fortsetzung aus der Beilage.)

### An die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Schneider-, Kürschner- und Kappenmacher-Vereins.\*

Auf die Anzeige in Nr. 80 des „Sozial-Demokrat“, verfaßt von Liebisch in Hamburg und den nachstehenden Brief von E. J. Schneider in Frankfurt a. M., erwidere ich Folgendes: Es ist eine grobe Unwahrheit, daß ich durch das freundliche Entgegenkommen von Bonhorst mir hätte den Kopf verdrehen lassen, indem ich schon acht Tage vorher zu Eöln in einer Versammlung von Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins meinen Rücktritt von dem Vereine erklärt habe, so lange als Dr. Schweiger an der Spitze stehe, indem ich das letzte Vorgehen des Herrn von Schweiger in keiner Weise billigen kann und darf. Im Gegentheil hat Herr Tölke bereits bei meiner Ankunft den Versuch gemacht, eine Pession auf mich anzuwenden, indem er, bei meiner Ankunft in Mainz mich fragte, ob ich auf der Seite von Schweiger stehe, worauf er die Antwort: Nein! von mir erhielt. Hierauf entgegnete er mir, in diesem Falle wäre ich politisch todt und gälte auch im Allgemeinen deutschen Schneider-Verein nichts mehr. Ich überlasse es nun sämtlichen Mitgliedern, selbst zu urtheilen, ob man in solcher Weise gerecht verfährt, indem man Jeden nicht blinden Anhänger des Dr. Schweiger zu verdächtigen und zu beseitigen sucht. Ferner heißt es in dem Briefe, daß ich, der Präsident, es doch zuwege gebracht habe, die Gelder nicht an den Verband zu schicken von Seite des Ausschusses; dieses ist jedoch nicht der Fall; ich habe nur die Uebereinkunft mit dem Ausschuß getroffen, vorläufig die Gelder nicht abzuschicken, bis die Wirren sich gelegt, und sich heraus gestellt habe, daß dem Verbands-Präsidenten keine Schuld aufzubürden sei! Mehrere Briefe liegen sogar vor, welche ebenso das Mißtrauen gegen das Verbandspräsidium hervorheben und sich dahin aussprechen, unter den obwaltenden Umständen kein Geld an die Kasse zu schicken.

Persönliche Verdächtigungen gegen Schweiger, in der Eigenschaft als Verbandspräsident, sind von mir nicht erhoben worden und die einzige Antwort auf die Frage des Herrn Schneider war einfach die, daß wir unter den obwaltenden Umständen unsere Gelder zurückhalten würden, welche jedoch nach gründlicher Regulirung der Sache sofort an die Verbands-Kasse verabfolgt werden. Ebenso ist es Unwahrheit, daß ich, nach dem Bericht des Herrn Schneider, geäußert habe, daß, wenn die Führer absielen, die Mitglieder eine Null bildeten; ich habe sogar mehr als einmal das Gegentheil erklärt: daß ein Präsident sich nicht einbilden dürfe, die Mitglieder seien um seinetwillen, sondern er um ihretwillen da. Ferner bedaure ich die große Angst des Herrn Schneider in Betreff der

Blätter, welche ich bei mir führe, wodurch er sich anmaßt, den Schulmeister oder gar Erzieher von mir zu spielen und mir vorzuschreiben, nur solche Blätter zu lesen, welche nach seinem Geschmack sind, und kann ich dem Herrn Schneider versichern, in dieser Hinsicht nur kaltes Blut zu behalten; hätte Jeder meinen Charakter, die gegenwärtigen Wirren wären jedenfalls nicht vorhanden.

Zum Schluß fordere ich Herrn Liebisch auf, mich der in obengenanntem Blatte bezüchtigten Verrätherei auf diesem selben Wege mit schriftlichen Beweisen zu überführen, widrigenfalls benannter Herr in unserem Vereinsorgan als Verläumder bloßgestellt wird.

Eöln, 13. Juli 1869.

Heinrich Schob, Präsident.

### An die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Schneider-Vereins.

Collegen!

Es ist nothwendig, daß wir uns über die Umtriebe, welche gegenwärtig von einigen Mitgliedern in Scene gesetzt sind, klar werden.

Der Bevollmächtigte Liebisch aus Hamburg war so unvorsichtig in Nr. 80 des „Sozial-Demokrat“ sich selbst zu entlarven; so wie er jetzt unsern Präsidenten nach lange vorhergegangener Ahnung kennen will, kannte ich ihn (Liebisch) schon längst. Ich hielt Liebisch seit dem Artikel in Nr. 45 des „Sozial-Demokrat“ für einen Faselhans, und, da ich ihm auf seinen Artikel antwortete und damit keine Aufnahme fand, für ein gekauftes Individuum des Herrn Dr. v. Schweiger, was auch aus Nr. 75 des „Sozial-Demokrat“ deutlich hervorgeht. Es liegt jetzt klar am Tage, daß Liebisch unsern Präsidenten damals unter dem Deckmantel der Scheinheiligkeit zu schänden suchte, um ihn jetzt, da er nicht in sein Horn bläst, desto sicherer zu verderben.

Unser Präsident hat durch den Besuch des Congresses einen Mißgriff gemacht, da er jedoch zur rechten Zeit noch zur Einsicht kommt, so ist auch dieser verzeihlich und das Vertrauen eines jeden ehrlich denkenden Mitgliedes hat er sich dadurch erworben. Nur auf diesem Wege fortzufahren!

Wenn Liebisch so kurzichtig ist und glaubt, er brauche sich nur vom Diktator zum Präsidenten ernennen zu lassen, so ist seine Spekulation verfehlt. Präsident des Schneider-Vereins und Agitator des Herrn Dr. v. Schweiger ist jedenfalls zweierlei. Wenn Liebisch nicht so fahlig wäre, müßte er wissen, daß unter mindestens 3000 Schneidern verschiedene sind, einen Schwindel zu durchschauen. Collegen! Liebisch spricht von „dummen Jungen“, die sich nicht sollen verrathen lassen vom Präsidenten; daß wir keine dummen Jungen sind, darin hat er Recht, nur bezeichnet er die Ehrlichkeit als Verrath. Unser Präsident hat nicht aus eigener Ueberzeugung allein, sondern auf Ansuchen von verschiedenen Vereinen, welche in der Ehrlichkeit klarer sehen, wie H. Liebisch, Nein gesagt und darum ehrlich gehandelt und keinen Verräther gemacht.

Jedes klar denkende Mitglied wird bei genauer Erwägung herausfinden, daß wir nicht so gestellt sind, daß wir Hrn. Dr. v. Schweiger jährlich mindestens 1300 Thlr. zur Verfügung stellen können. Der wöchentliche Verbandsbeitrag von 3 Pfennig macht für 3000 Mitglieder 1300 Thlr. jährlich.)

Was die Weisheit des Herrn Joseph Schneider aus Frankfurt a. M. betrifft, so ist sie wirklich bewundernswürdig; denn eine Frage nach Gründen der Schuld des Präsidenten kann nur Einer stellen, der gar nichts von der ganzen Organisation kennt und Schob konnte auch nichts Besseres thun, als dieselbe ignoriren.

Wenn er zu gleicher Zeit behauptet, der Ausschuß hätte sich beeinflussen lassen, so ist das wieder eine ganz verkehrte Ansicht. Ein Ausschuß von 12 Mann, der das Vertrauen von mindestens 3000 Mitglieder besitzt, läßt sich so leicht nicht kaufen; anders ist es mit einem einzelnen Mitglied, dessen Weisheit so weit gediehen ist, daß er das Recht vom Unrech-

\* Herr Schob, Präsident des Allgemeinen Deutschen Schneidervereins hat sich, wie schon vorige Woche mitgetheilt ward, von Schweiger losgesagt.

nicht zu unterscheiden vermag und immer im blinden Nebel auf die Luftschlöffer, mit denen er genarrt wird, lossteuert. Schließlich noch die Lächerlichkeit der Volkssouveränität, dieses traurige Armutszugnis!

Was haben wir nach § 25 und 26 des neuen Statuts zu sagen? Gar nichts!

Einer, der die Freiheit besitzt, diese Gewaltmaßregelung „Souveränität“ zu schimpfen, der sollte unter allen Umständen ins nächste Irrenhaus geschafft werden, damit er Ruhe hat, seinen zerrütteten Verstand wieder einigermaßen zu sammeln.

Mit Gruß und Handschlag  
Coburg, den 12. Juli 1869.

Carl Rüger, Bevollmächtigter.

## Vororts- und Arbeiter-Angelegenheiten.

Die Verbandsbeiträge pro 1869 sind bis spätestens den 31. dieses Monats einzusenden, ferner fordern wir die Verbandsgenossen, welche Broschüren bezogen und diese noch nicht bezahlt haben, auf, den Betrag hierfür innerhalb der nächsten 14 Tage einzusenden.

Für den Vorort:  
Bebel, Vorsitzender.

Sechster Vereinstag des Verbands deutscher Arbeitervereine.  
Montag, den 9. August dieses Jahres in Eisenach.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vororts. 2. die Frage: welche Stellung soll der Verband zu der neuen Organisation der sozial-demokratischen Partei einnehmen? event. Auflösung des Verbandes.

Wir erwarten, daß kein Ort auf dem Arbeiterkongreß und Vereinstag unvertreten bleibt, denn die Verhandlungen sind hochwichtig und entscheidend für die Stellung der gesammten deutschen Arbeiterpartei. Kann ein Ort für sich selbstständig keinen Deputirten schicken, dann vereinige man sich zu diesem Zweck mit den Nachbarorten.

Die Mandate für den Vereinstag sind von den Mandaten für den Arbeiterkongreß zu trennen; es sind also je zwei Mandate, eins auf den Arbeiterkongreß, das andere auf den Vereinstag lautend, auszustellen.

Leipzig, den 11. Juli 1869.

Der Vorort:

Bebel, Vorsitzender. Baer, Schriftführer.  
Hadlich, Kassirer. Ulrich, Martin,  
Thebus, Schmalz, Beisitzer.

Nürnberg, den 14. Juli. Der Congreß der Internationalen Gewerksgenossenschaft der Holzarbeiter ist in Rücksicht auf den Eisenacher Congreß vertagt, da sonst beide Congresse zu gleicher Zeit stattfänden. Der Congreß der Internationalen Gewerksgenossenschaft der Metallarbeiter findet dagegen am 14., 15. u. 16. August statt.

Neuerdings haben sich in Bamberg, Stuttgart, Darmstadt, Geißlingen, Höchst Mitgliedschaften der Int. Gewerksgenossenschaft der Metallarbeiter gebildet. Der Vorsitzende der hiesigen Metallarbeiterschaft, J. Faaz, ist seiner Agitation wegen gemäßregelt worden und außer Arbeit gekommen.

## Der Arbeitertag zu Nürnberg.

Nürnberg, 7. Juli.

Letzters schon hatten es die Nürnberger und Fürther Sozialdemokraten schmerzlich empfunden, daß die Agitation in der engeren Heimath (Bayern) sehr gestört war durch die Spaltungen, die innerhalb der sozialdemokratischen Partei herrschen.

Diese Mißstände traten recht augenscheinlich an den Tag bei Gelegenheit der letzten Landtagswahlen, und war es dem Mangel einer einheitlichen Organisation zuzuschreiben, daß fast überall, wo die Partei vertreten ist, dieselbe eine andere Haltung gegenüber den anderen Parteien einnahm. Diese Mißstände veranlaßten die Lokal-Mitglieder des Internationalen Arbeiterbundes von Nürnberg und Fürth bei einer ihrer Zusammenkünfte den Beschluß zu fassen, auf Grundlage des Programms und der Bestrebungen der Internationalen die bayerischen Sozialdemokraten betrefend Gründung eines Gewerksverbandes nach Nürn-

berg für den 3. und 4. Juli zu einer Conferenz einzuladen. Die Conferenz, die Sonntag den 3. Juli mit einer Vorbereidung begann, war besetzt von 12 Corporationen: worunter Vertreter der Mitgliedschaften des Allg. deutschen Arbeitervereins: München (Neff), Augsburg (Tauscher und Scheller), Ansbach betraute noch verhäthet Herrn Tauscher mit der Vertretung; andererseits waren die sozialdemokratischen Arbeitervereine des Leipziger Verbandes u. A. durch Nürnberg, Fürth und Bamberg vertreten. Der kaiserstaunlicher demokratische Arbeiter-Bildungsverein konnte in Anbetracht der Reisetosten sich nicht vertreten lassen, genannter Verein behielt sich aber eventuelle Zustimmung zu den zu fassenden Beschlüssen vor. In der Vorbereidung wurde durch den Referenten G. Hirsch den Vertretern der Zweck der Conferenz dargelegt, man wolle, sagte er, eine Verbindung der sozialdemokratischen Arbeiter-Corporationen Bayerns auf Grund folgender Vorlage vorschlagen, jedoch unbeschadet der derzeitigen anderweitigen Organisationen der verschiedenen Schattirungen der Partei. Die Vorlage lautet:

Zu Erwägung:

- 1) daß die Lösung der sozialen Frage nur durch die arbeitende Klasse selbst bewirkt werden kann und muß;
- 2) daß gegenüber den verbündeten, durch Geburt, Macht und Besitz bevorrechteten und darum um so gefährlicheren Gegnern, das einmüthige und einträchtige Zusammenwirken aller republikanisch gesinnten Sozialdemokraten dies- und jenseits des Oceans unumgänglich notwendig;
- 3) daß eine solche Verbrüderung derart organisirt sein muß, daß deren leitende Centralbehörde sich außer dem Bereiche der freibeitfeindlichen Gewalten befindet;
- 4) daß die stehende Heere zur Unterdrückung und Knechtung der Wähler, zur Niederhaltung jeder freibeitlichen Bewegung mißbraucht werden;
- 5) daß, was speziell Bayern betrifft, auch hier der Grundsatz: „Wer Nichts hat ist Nichts“ durch die Gesetzgebung faktische Geltung erlangt hat.

In Erwägung aller dieser Gründe beschließen die anwesenden Vertrauensmänner der bayerischen Sozial-Demokraten, daß ein zunächst ganz Bayern umfassender Verband der bayerischen Sozial-Demokraten geschaffen werden muß, auf folgender Grundlage:

- a) Es wird zunächst eine ganz Bayern umfassende sozialdemokratische Partei gebildet.
- b) Die Mitglieder derselben bekennen sich zu den von der Internationalen Arbeiter-Association proklamirten Grundsätzen und verpflichten sich, diese durch Wort, Schrift und That in allen Schichten der Bevölkerung zur Geltung und Anerkennung zu bringen.
- c) Insbesondere soll darauf Bedacht genommen werden, die Wehrpflichtigen aller Abstufungen für die soziale Frage zu interessieren.
- d) Die durch die neuen Sozialgesetze hervorgerufene Mißstimmung soll für die Verwirklichung sozialdemokratischer Prinzipien möglichst nutzbringend verworther und als wirksame Waffe gegen die Feinde verwendet werden.
- e) Es ist auf Abschaffung aller die Freiheit der Person, des Vereins- und Versammlungsrechts und die Pressfreiheit unterdrückenden Gesetze energisch hinzuwirken und zugleich die direkte Gesetzgebung durch das ganze Volk zu erstreben.
- f) Ein inniger Verkehr mit den internationalen Parteigenossen ist ununterbrochen zu pflegen.

Die Vertreter von Augsburg und München erklärten ihr Einverständnis mit der Vorlage, eruchten jedoch, da ihr Mandat ihnen nicht gestatte, eine einheitliche Partei für Bayern mit zu gründen, für den nächsten Tag bloß die geistige Vereinigung der bayerischen Partei auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Hauptbesprechung, Sonntag den 4. Juli Vorm. 11 Uhr angefangen, begann mit der Wahl des Vorsitzes: Hillf wurde 1, Neff (München) 2. Vorsitzender; Popp (Bamberg), Weller (Nürnberg), Schriftführer.

Nach Begründung der Vorlage durch Hirsch brachten die Vertreter von München und Augsburg folgenden Antrag ein: „Da unsere Verbindlichkeiten als Mitglieder des Allg. deutschen Arbeitervereins uns im Gesammten nicht möglich machen, einer andern Vereinigung, aus der natürlich auch wieder materielle Verbindlichkeiten für uns erwachsen, uns anzuschließen, erklären die Deputirten von Augsburg und München wie folgt:

„Sie erachten es als wünschenswerth und im Interesse des Arbeiterstandes sogar für geboten, wenn sich die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter durch ganz Bayern in der Frage des allgemeinen, gleichen und direkten Stimmrechtes, in Betreff der Coalitionsfreiheit und des freien Vereins- und Versammlungsrechts zu gegebener Zeit zu einheitlicher Agitation vereinigen und empfehlen schließlich zur gegenseitigen Wechselwirkung fleißige Correspondenz unter sich. Neff, Tauscher, Scheller.“

In Folge der Diskussion, in welcher entschieden gegen diesen Antrag von der andern Fraktion Protest erhoben und derselbe als ungenügend bezeichnet wurde, erklärte Neff: daß sie auch ihren Antrag gern erweitern lassen würden und daß sie der Gründung der bayerischen sozialdemokratischen Partei nicht entgegen sein wollen, namentlich nach dem, was sie in Nürnberg gesehen und gehört hätten.

Nach fernerer eingehender Debatte wurde ohne Widerspruch unter dem augenblicklichen Vorsitz Neff's die Vorlage angenommen und die bayerische sozialdemokratische Partei gegründet. Die Augsburger und

München konnten sich an der Abstimmung nicht beteiligen, da sie ihr Mandat nicht dazu ermächtigt hatte. Mit einem Hoch auf die Internationale schloß Koll die Konferenz. Ein gemütlicher Abend, bei welchem alle Vertreter beteiligt waren, trug zu fernerer Verständigung der Parteigenossen wesentlich bei.

**Genf, 9. Juli.** Unser deutscher Arbeiterverein hat in seiner vor ein paar Tagen abgehaltenen Generalversammlung auch über die Abhaltung des allgemeinen deutschen sozialdemokratischen Arbeiterkongresses debattiert und auf Antrag des Centralpräsidenten Quind einstimmig beschlossen, den Kongress zu billigen und womöglich auch einen Deputierten zu dem Kongress zu senden. Das Centralcomité der deutschen Arbeiter-Bildungsvereine der Schweiz, das hier seinen Sitz hat, wird an die übrigen deutschen Arbeitervereine in der Schweiz mit der Aufforderung, sich an dem Kongress zu beteiligen, hervortreten. (Hr., wie die neueste Nummer des „Felleisen“ ausweist, bereits gesehen. D. R.)

**Zürich, 10. Juli.** Vorigen Sonntag hat sich in Winterthur eine Mitgliedschaft der Internationalen Metallarbeiter-Gesellschaft gebildet. Von hier aus waren zwei Vertreter dorthin geschickt; das Resultat war, daß sich die Anwesenden einmütig für den Anschluß aussprachen.

**Ungarn, 4. Juli.** In Ungarn geht mit der Arbeiterbewegung allgemein vorwärts, so hat sich auch hier ein Zweigverein des ungarischen Allgemeinen Arbeitervereins gebildet, der sein Vereinslokal im Gasthaus Niedermayer eingerichtet hat. Wir verfolgen die Arbeiterbewegung in Deutschland mit großem Interesse und freuen uns, daß sie überall so gut vorwärts geht.

**Wien, 12. Juli.** Eine Arbeiterversammlung, welche gestern Vormittag in einem Lokale vor dem Ehrenthor stattfand, war sehr zahlreich besucht. Verschiedene Redner sprachen über die Lage der arbeitenden Klasse, über Zustände und Gewerbefreiheit und über die Arbeitseinstellung als Mittel zur Besserung der ökonomischen Lage. Für die feierliche Zimmergesellschaft wurde eine Sammlung veranstaltet. Man nahm schließlich gegen 10 Stimmen folgende von Wittinghausen vorgeschlagene Resolution an:

„Die heutige Arbeiterversammlung erklärt, daß sie die Zusammenberufung des auf den 7., 8. und 9. August in Eisenach anberaumten Allgemeinen deutschen sozialdemokratischen Arbeiterkongresses billigt und den Zusammentritt desselben auf jede Weise energisch zu unterstützen gedenkt.“

**Mainz, 6. Juli.** Am letzten Sonnabend hielt die Schreiner-Gewerkschaft eine außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung ab. Gegenstand der Tagesordnung war die Besichtigung des Kongresses der Internationalen Holzarbeiter-Gewerkschaft und wurde schließlich Herr Bierfuß einstimmig zum Delegierten gewählt.

**Mainz, 6. Juli.** Der rheinische Arbeitertag, den die ehemaligen Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins am Sonntag hier abhielten, war zahlreich durch Delegierte des Rhein- und Mainzgebirges besucht. Die Debatten waren sehr erregt, Herr Lötker aus Berlin war als Agent des Herrn Dr. Schweizer ebenfalls zugegen, legte aber das charakteristische Geänderte ab, daß er für die Säulen des Herrn Dr. Schweizer nicht einzutreten genommen sei. Schließlich wurde mit 10 Stimmen Majorität eine Erklärung zu Gunsten Dr. Schweizer's durchgedrückt. Dieser Sieg ist aber in Wirklichkeit eine Niederlage, denn die Majorität wurde durch die noch fanatisierten Mitglieder der Mainzer Schuhmachergewerkschaft erzielt, die eigentlich gar kein Recht allesamt mitzusprechen hatten (obgleich es ihnen zugesandt wurde), während die große Mehrheit der Delegierten sich gegen Dr. Schweizer erklärte und damit im Sinne der Drischaiten handelten, die sie vertraten.

**Burgstadt, den 11. Juli.** Vor vierzehn Tagen hat sich hier eine Mitgliedschaft der Internationalen Gewerkschaften der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter gebildet.

Unser Arbeiterverein erfreut sich unangesehnt eines fleißigen Besuchs, die Versammlungen werden alle 14 Tage abgehalten, und bildet in der Regel den Mittelpunkt der Diskussion der Inhalt unseres Verbandsorgans. Die projektierte Vereinigung aller ehrlichen sozialdemokratischen Elemente haben wir freudig begrüßt.

**Pölszig bei Ronneburg, 10. Juli.** Der Vortrag, den Anfang Juni Herr Nebel in Ronneburg hielt, war Veranlassung, daß sich hier ein Arbeiterverein bildete, der jetzt schon 50 Mitglieder zählt. Die Polizei hat die Anerkennung unserer Statuten deshalb versagt, weil wir keine Bestimmung in dieselben aufgenommen hatten, wonach jungen Leuten unter 20 Jahren der Zutritt versagt war. Angeblich soll dies eine Bestimmung unseres Vereinsgesetzes sein.

**Wien, bei Meersan, 8. Juli.** Endlich soll's auch bei uns Ernst werden mit der Gründung eines Arbeitervereins. Wir wollen in nächster Zeit hier eine große Arbeiterversammlung abhalten, um den fleißigen Arbeiterstand aufzuklären, der bis jetzt ängstlich auf die Gefichter der Polizei und der Fabrikanten sah, wenn er etwas unternehmen wollte, und wir hoffen, daß dann die Stärke unseres Vereins hinter der Nachbarorte nicht zurückbleiben wird.

**Rürnberg.** Der Arbeiter-Bildungsverein hat nach eingehender Beratung über die Organisation der deutschen Arbeiterpartei folgende Beschlüsse gefaßt:

- 1) Es ist Pflicht jedes Arbeiters für die Vereinigung der Arbeiterpartei auf demokratischer Grundlage zu wirken.
- 2) Die Gleichheit der Prinzipien, Namen und Statuten der sozialdemokratischen Vereine betrachten wir als eine Garantie für den Erfolg der Bestrebungen der Arbeiterpartei.
- 3) Die Gründung von sozialdemokratischen Vereinen sowohl, als die Umänderung der Arbeiter-Bildungsvereine, Volks-Vereine und der verschiedenen Mitgliedschaften des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in sozialdemokratische Vereine muß eine der Hauptaufgaben des bevorstehenden sozialdemokratischen Kongresses sein.

Der Arbeiter-Bildungsverein hat weiter einstimmig seinen Beitritt zur sozialdemokratischen Partei in Bayern erklärt und ferner beschlossen, in nächster Zeit ein großes Arbeiterverbrüderungsfezt dahier abzuhalten.

**Leipzig, 10. Juli.** Heute Abend hielt Herr Liebknecht vor einer zahlreichen Versammlung im Arbeiter-Bildungsverein einen Vortrag über das Christentum und legte er hierbei Koll's Kulturgeschichte der Menschheit zu Grunde. Während sonst allgemein gelehrt wird, daß das Christentum wesentlich die Kultur gefördert habe, wurde hier das gerade Gegenteil nachgewiesen. Die ersten Christen gehörten vorzugsweise den niederen, ungebildeten Ständen an; sie verachteten und hielten die damalige Kultur, weil diese heidnisch war. Auf den Concilien wurde oft über die Unwissenheit, Rohheit und Verderbtheit der Priester gellagt, die häufig nicht einmal lesen und schreiben konnten. Selbst als die christliche Religion zur Staatsreligion erklärt worden war, konnte sie den Verfall des römischen Reiches nicht aufhalten, sondern beförderte ihn im Gegenteil und bekämpfte systematisch die Bildung. Nicht die Mohamedaner, wie die verfälschte Geschichte sagt, haben die berühmte große Bibliothek in Alexandrien verbrannt, sondern die Christen. Ebenfalls haben wir den Klöstern die Erhaltung der alten Klassiker zu verdanken, im Gegenteil sind Viele derselben in den Klöstern dadurch vernichtet worden, daß man die Schrift von dem Pergament abwusch und Helligensbilder darauf malte oder Legenden darauf schrieb. Als nach der Zertrümmerung des römischen Reiches eine mehrhundertjährige Barbarei über ganz Europa hereinbrach, waren die vielgeschmähten Mohamedaner die einzigen, welche die Wissenschaften sorgsam pflanzten, während in der christlichen Welt die tiefste geistige Finsternis herrschte. (Das oströmische Reich, das nur eine widerliche Scheinkultur pflanzte und sich gegen die übrige Welt abschloß, kann hier nicht in Betracht kommen.) Die schwereren Anklagen gegen die christliche Kirche stehen im unigenen Zusammenhang mit ihrer Lehre, daß die Heimat des Menschen nicht die Erde, sondern der Himmel sei. Daher finden wir auch noch heute, wie jedes Zeitungsblatt zeigt, die Kirche in einem erbitterten Kampf gegen die Wissenschaft, obwohl sie einsehen muß, daß dieser ein vergeblicher ist. — Auch ein zweiter Lehrsatz der verfälschten Geschichte wurde blühend widerlegt, der nämlich, daß die Klöster wesentlich den Ackerbau gefördert hätten. Allerdings finden wir die Klöster durchgehends in den schönsten und fruchtbarsten Gegenden, allein an der hier blühenden Kultur waren die Mönche unschuldig, im Gegenteil waren sie durch diese angezogen und eifrig bemüht, ebenso wie die kleinen Feudalherren, die freien Bauern auszurotten. Koll hat nachgewiesen, daß in der Pfalz, seiner Heimat, mehr Dörfer durch den Einfluß der Klöster von der Erde verschwunden sind, als durch den dreißigjährigen Krieg. — Zum Schluß empfahl Herr Liebknecht Koll's Kulturgeschichte der Menschheit den Arbeitern und Arbeitervereinen angelegentlich zur Anschaffung und zum fleißigen Studium. (Da bereits der erste Band vollendet, wird der Borort bemüht sein, bei der Verlagsbuchhandlung für die Arbeitervereine einen wesentlich ermäßigten Preis auszuwirken.)

(D. R.)

**Zur Beachtung!** Der Verleger von Karl Marx' Werk: „Das Kapital“ hat sich bereit erklärt, dasselbe bei Abnahme größerer Partien an Arbeitervereine zum halben Preise abzulassen. Wir bitten Bestellungen an uns (Redaktion des „D. W.“ oder Borort) zu richten, damit wir dieselben, sobald eine genügende Anzahl eingelaufen ist, dem Verleger überweisen können.

Wegen Stoffmangels mußten wieder mehrere Berichte und Aufsätze sowie auch die Fortsetzung des Vortrags „Ueber die politische Stellung der Deutschen Sozial-Demokratie“ zurückgestellt werden. Letzterer erscheint im Laufe der nächsten Woche als Broschüre zum Preis von 1 Groschen. Der Abdruck im Blatt wird unfehlbar noch vor dem Kongress vollendet.)

**Anzeigen.**  
**Deutscher Arbeiterbildungs-Verein**  
**in London.**  
Charles-Hotel, 71 Dean-Street, Soho Square. W. London.



oder eines Systems nicht richtig zu beurtheilen verstehen, weil sie, wie es jetzt häufig vorkommt, allein das, was zum Gemüth spricht, höher halten, obgleich es, mit Verstand betrachtet, höchstens als schöner Traum erscheint. Es ist daher um so mehr nothwendig, wenn die Freiheit nicht zur Unfreiheit ausarten und wenn der wahre Fortschritt erzielt werden soll, daß allen Solchen, die Fähigkeit und den guten Willen zeigen, der Freiheit und dem Fortschritt zu dienen, niemals auf Versammlungen das Wort entzogen oder verweigert werden darf.

Es wäre wünschenswerth, daß man einen allgemeinen Grundsatz aufstellte, an dem jede Versammlung als selbstverständlich festhielt, etwa, daß der Referent in der Regel  $\frac{1}{2}$  Stunde, alle nachfolgenden Redner  $\frac{1}{4}$  Stunde sprechen; daß man ferner, wenn 2 Parteien oder Meinungen aufstehen, abwechselnd die Redner für und gegen sprechen ließe; ferner, daß Solche, die zu roh sind und durch Gebrüll, Pfeifen und sonstiges Toben den Gegner überzeugen wollen, aus der Versammlung verwiesen würden; desgleichen daß solchen Rednern, welche die Leidenschaft der Zuhörer anstacheln und durch Schimpfen und Verdrehung die Wahrheit entstellen, das Wort entzogen, und beim Skandalmachen das Lokal verwiesen würde. Der Vorsitzende muß selbst als Parteimann bestrebt sein, da, wo es sich darum handelt, die Vernunft und das Recht zur Geltung zu bringen, es als höchste Ehre und Pflicht betrachten, unparteiisch die Versammlung zu leiten. Je mehr er bemüht ist, dem Gegner das volle Recht einzuräumen, um so mehr wirkt er zur Klärung schwieriger Fragen, und um so mehr nöthigt er den Gegnern Achtung ab.

## Aus England.

London, 5. Juli.

Wenn, wie so mancher Schriftsteller behauptet hat, die Völker nur Familien im Großen sind, so ist es gewiß, daß sich in diesen Volks-Familien sehr viele Stief-Geschwister befinden. Auf einigen Quadratollen Papier, die vor mir liegen, steht obenan: „Festschmans der Minister Ihrer Majestät.“ Es ist die Ueberschrift eines Berichtes des letzten Banketts, das der Bürgermeister von London in der ägyptischen Halle des Rathhauses (Mansion House) gegeben. Ungefähr dritthalbhundert Personen nahmen Theil — „ein Schauspiel von großer Pracht und Herrlichkeit“. Nach Tische erhob sich der Bürgermeister und trank auf die Gesundheit der Königin; er schloß seine Lobrede mit folgenden Worten: „Möge sie lange regieren über ein freies, treues und blühendes Volk“.

Kehren wir das Blättchen um: etwas weiter unten auf demselben Papier heißt's: „Tragödie in Smithfield — Leichenschau“. Vorigen Montag Morgen erhielt die City-Polizei folgenden lakonischen Brief:

„Meine Herren, Ihre Gegenwart wird 15 Hozier Lane erfordert. Ein anderer Brief, den ich an meinen Bruder 12 Milk Street Bristol geschickt habe, gibt Näheres. Der Ihrige W. G. Duggan.“

Ein „Polizeimann“\*) verfügte sich an Ort und Stelle, das Haus war verschlossen, es wurde aufgebrochen: Duggan, seine Frau und sechs Kinder lagen todt in ihren Betten, vergiftet mit Blausäure. In dem Brief an den Bruder stand die Geschichte der unglücklichen Familie. Duggan war Silberschmied, litt an der Schwindsucht und wohnte in seines Arbeitgebers Haus. Er war aus der Arbeit entlassen worden und sollte das Haus räumen. Krank, mit kränklichen Kindern, ohne Arbeit, mit einer großen Familie und keiner Fürsprache — sein früherer Brodherr weigerte sich ihm eine Empfehlung zu geben — konnte er keine Wohnung finden. Nach seiner eigenen Aussage über-

redete er seinen Meister, ihn noch eine Woche bleiben zu lassen. Am Freitag sagte dieser zu Duggan: Nächsten Montag müssen Sie mein Haus räumen oder ich setze Sie und Ihre Habseligkeiten auf die Straße. Der Meister stellte die Behauptungen Duggan's in Abrede und die Jury urtheilte, daß Vater und Mutter ihre Kinder und sich selbst in einem Zustande der Geisteskrankheit ermordet hätten. Damit ist Alles wieder gut. Fort mit den Duggans! Sie gehören zu Britannia's Stiefkindern.

Ein andres Bild auf demselben Stückchen Papier: Die Herzöge von Newcastle sind leibliche Kinder der Britannia, eine Zierde der brittischen Familie. Vor vielen Jahren verkaufte ein im Staatsdienst beschäftigter Sproßling der Newcastles dem Haupte mehrere hundert Acker Kronländer für 25 Silbergroschen den Acker. Der gegenwärtige Herzog ist ein junger Mann von 35 Jahren, ein geborner Gesetzgeber. Er ist erst kurze Zeit Herzog, ein Lebemann, der viel Vergnügen am Wettrennen findet. Er hat unglücklich gewettet, Schulden und zuletzt Bankrott gemacht. Da er Herzog ist, so können seine Gläubiger nur seine Mobilien in Beschlag nehmen.\*) Man wollte einen Vertrag mit ihm abschließen. Er sollte drei Jahre lang sich auf 10,000 Pf. St. jährlicher Ausgaben (gleich 67,000 Thlr.) beschränken, — in der Zwischenzeit hätten alle seine Schulden bezahlt werden können — er zog den Bankrott vor. Seine Zimmer sind leer, seine Ställe leer, seine Keller leer — vierundzwanzig verschiedene Sorten Wein wurden versteigert, — aber der Herzog von Newcastle lebt, er ist kein Stieffohn, er kann nicht aus dem Haus geworfen werden.

Die nächste Spalte des nämlichen Papiers enthält den Bericht einer Auswanderungs-Konferenz der Londoner Armenverwaltungs-Bezirke. Der allerlästigste Theil von Britannia's Stiefkindern wird unangenehm zahlreich. In zehn Jahren haben sie sich in London von 68,826 auf 144,469 vermehrt, es sind die Paupers. Man hat berechnet, daß, wenn man jährlich einen Penny (8—9 sächs., 10 preuß. Pf.) von dem besteuerbaren Einkommen der liegenden Güter der Hauptstadt erhebt, jährlich 5000 Paupers nach Australien befördert werden können; aber es geht nicht ohne die Zustimmung der Regierung. In Hause kosten sie ihren reicheren Brüdern jährlich 7 Pf. St. per Kopf — also 1428 Pauper-Stieffinder sind gleich einem verschuldeten Herzog. Für 14 Pfund kann man sie nach Australien schicken, dort werden sie glücklich werden, den Handel und die Industrie der Heimath befördern. Man wird sie nicht alle auf einen Platz schicken, man kann sie vertheilen, Listen bereit halten, wo australische Bürger, die ihrer Dienste bedürfen, ihre Namen einschreiben können — fort, fort mit den Paupers, sie sind Stieffinder, hier eine Last, in Australien werden billige Arbeiter gebraucht. Also fort mit ihnen! Die Steuer soll auf zehn Jahre ausgeschrieben werden — in zehn Jahren kann man 50,000 fortgeschaffen. Hätte man vor zehn Jahren angefangen, so würden von dem Zuwachs der letzteren zehn Jahre noch immer 24,600 übrig sein. Dieses mit dem ursprünglichen Vorrath von 68,826 gäbe die Summe von 93,426. Ist das nicht ein unerschbarer Weg zur Regeneration (Neugeburt) der Gesellschaft? Weiße Kinder, diese Staats- und Gesellschafts-Doctoren! Der Londoner Bürgermeister ist ein enthusiastischer Befürworter der Arbeiterauswanderung. Sind das nicht glückliche Zustände und „blühende“ Völker, welche in ihnen leben? Noch hat sich die Konferenz nicht geeinigt, die Verhandlung ist vertagt.

Eines ihrer Stieffinder nach Australien zu schaffen kostet der Gesellschaft 14 Pf. St., — das Parlament hat dem Prinzen Alfred 3,300 Pf. St. vergütet für die Gunstbezeugungen, die er auf seiner Lustreise nach Australien in der Form von Geschenken erwiesen hat. Also 235 Stiefföhne der Gesellschaft sind gleich den Gunstbezeugungen eines rechten Sohnes.

\*) In England nennt sich selbst der Polizeidiener einen Polizeimann. Charakteristisch.

\*) Das Grundeigenthum des Englischen Adels ist unverkäuflich.

Der Klärungsprozeß, welcher sich gegenwärtig in der deutschen Arbeiterpartei abspielt, erregt natürlich auch hier großes Interesse. Da uns die nähere Kenntniß der Persönlichkeiten, welche in dieser Krisis eine so unliebame Rolle spielen, mangelt, so können wir nur vom prinzipiellen Standpunkt aus urtheilen. Es ist vielleicht ein Glück, daß dem so ist, sonst hätten wir diese nähere Kenntniß wohl auch mit so und so viel Irrthümern, Falschheiten und Thorheiten bezahlen müssen, wie jede politische Partei, welche den Schwerpunkt nicht in sich selbst, sondern in ihren Führern hat. Prinzipielle Urtheile scheinen zwar in der Form milder zu sein, dem Inhalte nach sind sie um so gewichtiger, niederschlagender; sie sprechen nur über Leben und Tod. All die zahllosen Kenfzungen der Persönlichkeiten, die verschiedenen Formen, in welchen sich der einzelne Mensch kundgiebt, verschwinden vor der Einen Frage: auf welchem Prinzip steht er? Nun, stellen wir diese Frage mit ruhiger Ueberlegung ohne persönlichen Haß den Herren v. Schweizer und Mende gegenüber. Die Antwort ist kurz und klar. Beide stehen auf dem Prinzip der Autorität und wir, die Arbeiterpartei, deren ganze Thätigkeit es eben ist, dieser lernäischen Schlange den glühenden Stumpf in den Nacken zu stoßen, wir sollen uns von ihnen leiten lassen! Vor kurzem erst rief Rogeard seinen Landsleuten zu: „Das beste Mittel frei zu werden, ist, zu handeln, als ob man es wäre; das beste Mittel die Republik zu erlangen, ist, zu leben als wäre man in einer Republik.“ Die Herren v. Schweizer und Mende wissen das besser: Das beste Mittel, um frei zu werden, ist, ein Heer von Sklaven heranzuziehen, das beste Mittel republikanisch zu werden ist sich absolutistisch zu organisiren. Schlaue Köpfe die Ihr seid! Wägt Ihr erkaufte sein, wie Eure Feinde sagen, oder schlecht oder ehrgeizig, uns kümmert das nicht. Wir sehen bloß Eure Dummheit und deshalb klopfen wir Euch auf die Finger, weil es sich für Menschen Eures Schlages nicht schickt, in Dingen das große Wort zu führen oder überhaupt mitzusprechen, welche das Wohl und Wehe unserer Zeit bestimmen. Tretet ab vom Schauplatz und begrabt Euch selbst, damit wir nicht die Mühe haben, den Schutt auf Eure Gräber zu werfen.

Herr Mende, der unter Muhamed vielleicht einen tüchtigen Korporal abgegeben hätte, bildet sich ein, ein Jahrtausend später das Volk zu führen. Der Geist der Freiheit zuckt durch die Glieder unseres Vaterlandes und wir haben nichts zu thun, als die Worte eines großen Mannes auswendig zu lernen, der sich selbst im Grabe umdrehen würde, wenn er die lächerliche Parodie seiner Epigonen sähe. Wohl, auch wir verehren Laßalle, den Rufer zum Streit, aber wir leben in dem thörichtigen Wahne, das beste Mittel einen großen Mann zu ehren, sei, zu beweisen, daß man ihn nicht mehr nöthig habe. „Freiheit“ ist der Pulsschlag unseres Herzens und Mende predigt uns sflavische Nachbetererei; „kämpfet, rin- get, strebet“ tönt es in unserer Brust und dieser Hohepriester ruft uns zum Gebet.

Herr v. Schweizer hielt einst eine Rede im Reichstag, in der er über die Ereignisse von 1866 unter Anderem die goldenen Worte sprach: Er erkenne mit Freude an, daß die Siege in Böhmen den preussischen Namen allerwärts zu Ruhm und Ansehen gebracht. Dieser Satz ist so schön, so ungeheuer wahr und so ungeheuer bezeichnend, daß selbst der Kurzsichtige die ganze Gedantentiefe dieses Mannes durchschauen kann. Wir wählten diese scheinbar unschuldigen Worte, weil sie in der That den Mann nach allen seinen Seiten charakterisiren. Es ist die vollendete Korporalsphilosophie. Wie? Seit 20 Jahren treibt und drängt der revolutionäre Gedanke heraus aus den innersten Eingeweiden des Volkes, der Gedanke der Solidarität, der Gemeinsamkeit der Interessen; eine Welt von Tradition, Unwissenheit und Verlehrtheit stemmt sich ihm entgegen; end-

lich nach langem Mühsal tritt seine erste Verwirklichungsarbeit, der internationale Arbeiterbund und die Friedensliga ins Leben und der Mann, welcher die revolutionäre Partei führen, welcher die Revolution sein will, spricht über den Krieg, wie ein Schuljunge, welcher eben den Julius Cäsar liest. Die wirkliche Inhaltslosigkeit dieses letzten Krieges, die erbärmliche Nichtigkeit der Interessen, welche ihn hervorgerufen und welche jetzt in den kleinlichsten Formen fortleben; diese furchtbaren Folgen, welche die Saturnalien des modernen Staates und der modernen Gesellschaft vielleicht um 20 Jahre verlängern; diese Vernichtung der Ruhe in Europa, welche heute in dem fortwährenden Wanken und Erzittern der sozialen und politischen Gesamtlage sich kundgiebt: all das und noch viel mehr sieht der große Revolutionär nicht oder tauscht es ein für dir paar Groschen Ruhm, welchen sich sein Musterstaat bei sämtlichen Dummköpfen der Welt erworben. Ja, Herr v. Schweizer, Sie haben Recht. Sie wähen, mit 200,000 Arbeiter-Soldaten lasse sich die soziale Frage lösen. Nicht mit einer Million, sagen wir Ihnen, selbst wenn Sie ihr General sind. Freie Männer brauchen wir, eine freie Zukunft zu schaffen, nicht Soldaten, welche blind dem Commandowort ihrer Führer gehorchen!

## Internationale Gewerksgenossenschaft

der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter (Vorort Crimmitschau.)

### Dritte öffentliche Sitzung der Vororts-Verwaltung (14. Juli.)

Neben verschiedenen Eingängen, unsere Organisation betreffend und einigen lokalen Vorlagen, beschäftigte die heutige Sitzung hauptsächlich eine von der Mitgliedschaft Werdau eingegangene Zuschrift, worin die baldigste Gründung einer „allgemeinen Krankenkasse“ unsrer Gewerkschaft beantragt war.

Damit zusammenfallend kam zugleich die hierorts vielseitig gewünschte baldigste Organisation einer allgemeinen „Jubiläen- und Altersvorsorgungs-Kasse“ zur Verathung, und entschied man sich einmüthig für Aufstellung und Festhaltung folgender Gesichtspunkte zu möglichst beschleunigter Inangriffnahme der Vorlagen:

1) Die Mitgliedschaft wird aufgefordert, durch rascheste Einrichtung der Lokal-Organisationen, Aufstellung und Einreichung der Mitgliederlisten u., der Verwaltung Gelegenheit zu geben, die in § 2a vorgesehenen Mittel (als Fonds der Gewerkschaft) feststellen und darauf hin weiter disponiren zu können.

2) Hiernach soll in Betracht kommen, ob, und binnen welcher Frist, außer mit entsprechenden Statuten-Entwürfen, solche Lokalmittelbeständen aus der Central-Gewerkschaftskasse im Verhältnis zu ihrer Kopffzahl unterstützt werden können, welche eine der beregten Organisationen, bis zur Erstarkung der Gesamt-Gewerkschaft, in Angriff nehmen wollen.

3) Soll die Mitgliedschaft Ludenwalde hiermit ausdrücklich aufgefordert werden, ihre Erfahrungen (wo möglich und bald durch das Organ der Gewerkschaft) zur Kenntniß der Genossen und des Vororts zu bringen.

4) Werden alle Gewerksgenossen, als Mitglieder der verschiedenen in den Einzel-Orten bestehenden Krankenkassen aufgemuntert, innerhalb ihrer Vereine zunächst am Orte selbst für volle Freizügigkeit zu wirken und darnach unter den verschiedenen Orten engerer, wie weiterer Distrikte, Vereinigungen und Rückversicherungen (Cartel-Verträge der verschiedenen Vereinigungen) mit aller Kraft zu erstreben.

5) Würde hiernach die Möglichkeit und der kürzeste Weg geboten sein, mit Benutzung aller schon bestehenden Hilfsquellen, neue und weitere aufzuschließen, die es dann den verschiedenen in den bestehenden Kranken- u. Kassen vertretenen Gewerks, mit der Zeit ermöglichen dürften, sich selbstständig und je zu „allgemeinen Kassen“ emporzuheben.

6) Weiderlei Geschlechter sollen unbeschadet ihrer natürlich verschiedenen Berufs- und Lebensstellung in allen Klassen gleichberechtigt und gleichverpflichtet zugelassen werden, bestehende Frauen-Kassen u. s. w. vorzüglich bei Rückversicherungs-Verträgen, jedes mögliche entgegenkommen geboten erhalten.

Es ist hier am Orte die Vereinigung der Weber-, Zeug-, Tuchmacher- und Tuchscheerer-Kranken- und Sterbe-Kassen bereits angebahnt und soll der Verband „vorläufig“ den Namen der „Vereinigten Handwerker-Kranken- und Sterbe-Kasse“ tragen, um den Anschluß aller einschlagenden Branchen zu ermöglichen. Im Statut soll vorgesehen werden, daß größere Vereinigungen, ohne Preisgebung der gewonnenen Mittel jederzeit stattfinden können; bei Gründung neuer Organisationen, soll neben der Schöpfung lebensfähiger Reserve-Kassen, ganz besonders eine genügende Unterstützungsquote den Mitgliedern zu sichern gesucht werden.

Als entschieden zweckwidrig und verwerflich wird das Ansammeln von Geldern durch Hilfskassen, Behufs hypothekarischer Anlage, gekennzeichnet, wie es leider in verschiedenen älteren Kassen, auf Kosten einer genügenden Unterstützung hilfsbedürftiger Mitglieder, Statt gefunden hat. Entsprechende und dauernde Hilfeleistung wird durch die angeregten „Rückversicherungs-Verträge“ bei normalen Reserve-Kassen möglich bleiben.

Wir fordern zu rücksichtslosem Meinungsaustausch in unsern Organen, wie zu dessen möglichster Verbreitung unter den Mitgliedern der verschiedenen Kranken- u. Kassen auf, und empfehlen Ausschüssen und Vorständen derselben das offizielle Halten des „Demokratischen Wochenblattes“. Rathschläge und Vorklagen sind allerwärts erbeten und finden nach Kräften Berücksichtigung.

Aufstellung der verschiedenen Localbevollmächtigten u. u. werden wir innerhalb der bekannten Frist veröffentlichen.

Für den Verwaltungsrath des Vororts:  
Motteler, 1. Vorsigender.

## Das sächsische Distpreußen.

IV.

Geyer, den 2. Juli.

Darf man sich wundern, daß man von der Geyer'schen Arbeiter-Bevölkerung einen Nothschrei vernimmt, wenn man bedenkt, daß der dortige Bürgermeister Meißter als Vorsitzender des Armen = Vereins in acht Jahren, sage in acht Jahren!!! keine einzige Armen = Deputations-Sitzung abgehalten hat? Ist das nicht unerhört? Die Mitglieder des Armen-Vereins (Distriktvorsitzer oder Armenpfleger genannt) sind theils durch den Tod ausgeschieden, theils von hier weggezogen, aber keine anderen an deren Stelle gewählt worden. Und so ist dieses Institut unter der Leitung des hochweisen und unfehlbaren, so fürsorgenden und väterlichen Herrn Bürgermeisters so gut wie ausgestorben und zu Grabe gegangen. Heißt das auch seines Amtes warten, für das die Stadt jährlich 800 Thlr. bezahlt? Heißt das für das Wohl der Stadt und ihrer Armen sorgen? Ist das keine Noth, die da zum Himmel schreit, und über welche die Bürger, insbesondere die Armen schreien und die Hände über dem Kopf zusammenschlagen möchten? Oder ist das etwa auch ein „unberechtigter Ausfall gegen die Gemeindevertretung in Geyer“, wie sich der Verfasser des Artikels im „Chemnitzer Tageblatt“ auszudrücken beliebt hat? Als Entgegnung auf seinen Artikel sei hier nur so viel gesagt: Wenn es in demselben unter Anderem heißt: „Wer freilich in den guten Fransen-, Perl- und Posamentenjahren 1864 und 1865 das verdiente Geld verjubelt hat, ohne für spätere Zeiten sich Sparpfennige zu sammeln, der möge klagen und anklagen, aber nur sich selbst“, — so fragen wir ganz einfach: wer ist denn zunächst Schuld daran, daß das Geld verjubelt worden ist und nichts gespart? Doch wohl der, der die Gelegenheit dazu gegeben hat, der es erlaubt hat, daß fast jeden

Sonntag an zwei, oft sogar an drei Orten Tanzmusik gehalten worden ist? Für Orte wie Geyer wäre es vollauf genug, wenn jeden Monat nur einmal Tanzmusik gehalten werden dürfte. Und das Gesetz schreibt es wohl auch so vor; warum wird es denn nicht gehalten? Wäre es aber auch keine gesetzliche Bestimmung, so wäre es Pflicht der Ortsbehörde, als Wächterin über das Wohl der Stadt, es sofort zum Gesetz zu machen. Und dieses häufige Tanzmusikhalten findet nicht bloß in guten Zeiten statt, sondern auch in schlechten, in Zeiten der Noth, wie wir's neulich gesehen und erlebt haben. Wenn z. B. an einem der letzten Sonntage ein Fremder durch Geyer gegangen und auf den Markt gekommen ist, und hat aus dem Rathhause und Gasthose die Jubeltöne der Tanzmusik herüber- und hinüberschallen hören, dann wird derselbe gewiß kopfschüttelnd und erstaunt gesagt und gefragt haben: „Sieht's denn hier Noth, wo es so zugeht? Jubeln und Spektakeln und über Noth schreien, wie reimt sich das zusammen?“ Und wer nun noch dazu des Nachts das Schreien, Lärmen, Toben und Quiken der nach Hause wandernden Tanzscharen mit anhören muß, der möchte allerdings versucht werden, das Reden von Noth in Geyer für Fabel und Märchen, für reine Erdichtung zu halten. Ganz abgesehen davon, daß auch oft noch in der Woche an manchen andern Orten das Geld verschmaußt, vertanzt und verjuchelt wird. Wie oft hört man ordentliche, arbeit- und sparsame, von der Arbeit müde und nach Schlaf und Ruhe sich sehnde Leute fragen über das nächtliche Lärmen und Toben, wodurch sie oft aus dem Schlafe aufgeschreckt werden, nicht wissend was vorgeht, ob es da oder dort brennt, oder etwas Anderes dergleichen geschieht. Sollten diese etwa auch sich selbst anklagen — vielleicht darüber, daß sie nicht lieber selbst mitmachen? Ein in der That sauberes und liebliches Beruhigungsmittel!!! Hat der Verfasser jenes Artikels etwa noch mehr solcher Heilpflästerchen und Pülverchen in Bereitschaft? Es wäre wenigstens interessant, sie kennen zu lernen. Warum begünstigt man aber solchen Unfug, wodurch die Taschen leer, die Leute leicht und liederlich werden, und geistig und körperlich verarmen? Wen soll man nun aber darüber und deswegen anklagen? Der Verfasser jenes Artikels würde geschwind antworten: „Die mögen klagen und sich selbst anklagen, die in solche Noth gerathen sind“; und wir setzen hinzu: Zuerst und zunächst mag man die anklagen, die Andere sorglos in solche Noth gerathen lassen, deren Amt und Pflicht es ist, solche Noth zu steuern, die aber weder Herz noch Sinn dafür haben und ganz gemüthlich zusehen, es mag gehen, wie's will.

So viel einstweilen darüber für heute, nächstens mehr! Denn es ist nun die höchste Zeit, die Geyer'schen Zustände, welche hauptsächlich an der Verarmung der Stadt die Schuld tragen, ans Licht zu ziehen und sie zur Kenntniß der Oberbehörde zu bringen. Jedermann wird dann selbst darüber urtheilen können, ob die Klagen wahr oder unwahr, gerecht oder ungerecht sind. Die Saite ist aufs Höchste gespannt und die Geduld hat nun ein Ende, wir können und dürfen nicht länger mehr ruhig zusehen und schweigen. Denn nicht bloß das Armenversorgungswesen liegt so im Argen, sondern fast die ganze Verwaltung selbst in den wichtigsten Angelegenheiten, wie denen der Schule, zeigt ein so jämmerliches Bild, daß die guten und wohlgesinnten Bürger darüber entrüstet sind und sein müssen.

Zum Schluß sei hier noch bemerkt, daß wir für die Wahrheit dessen, was wir schreiben, einstehen und jeder Zeit bereit sind, es zu vertreten.

Geyer, den 5. Juli.

Bis jetzt sind an uns folgende Gelder eingegangen: Vom A.-B. Leipzig 25 Thlr.; vom B.-B. Crimmitschau 1 Thlr. 23 Ngr.; vom A.-B. Crimmitschau 1 Thlr. 7 Ngr.; vom B.-B. Waldenburg 18 Ngr.; vom Verein „Erholung“ in Waldenburg 1 Thlr.; vom Verein „Liedertafel“ in Walden-

burg 1 Thlr. und vom A.-B. Niederzweinig 2 Thlr., Summa 32 Thlr. 18 Ngr.

Für obige Summe sagen wir unsern herzlichsten Dank. Gebessert hat sich in unsern Zuständen nichts; es herrscht wieder großer Arbeitsmangel. Carl Demmler.

### Der Doppelgänger Wagener's.

Während seiner Wahlkampagne im Barmen-Elberfelder Kreis richtete Herr von Schweizer folgenden Aufruf

#### An die conservative Partei.

Zwei Wahlmanöver der traurigsten und widerlichsten Art sind noch im letzten Augenblick von liberaler Seite versucht worden, um die Conservativen von der Arbeitersache abwendig zu machen und in das Fortschrittslager überzuführen.

Erstens hat die „Barmen Zeitung“ einige, wenn auch derb humoristische, so doch immer nur scherzhafte Aeußerungen von mir, welche ich unter sechs Augen machte, dahin verdreht, als habe ich allen Ernstes drohen wollen, in eigener Person, in Verbindung mit Andern, die Druckerei der „Barmen Zeitung“ zerstören zu wollen! Diesen Unsinn hat man, an der Spitze des Blattes fett gedruckt, als wirklichen Ernst dem Publikum verkündet. Das Alerne dieses Manövers springt in die Augen und ich bin überzeugt, daß nicht ein einziges Mitglied der conservativen Partei in diese plumpe Falle gehen wird.

Das zweite, wo möglich noch schmälicheres Manöver besteht darin, daß man in den „Barmen Anzeiger“ eine Annonce hat einrücken lassen, worin der Inhalt eines von mir in meinem 23. Jahre geschriebenen Buches auf's Gehässigste und Wahrheitswidrigste wiedergegeben wird — ja, auf's Gehässigste und Wahrheitswidrigste, was ich hiermit auf's Bestimmteste erkläre. Die Lügenhaftigkeit erreicht darin ihren Gipfel, daß eine Stelle, von welcher ich in meinem Buche ausdrücklich sage, daß hier nicht von der Religion die Rede ist, so abgedruckt wird, als sei sie von der Religion gemeint. Man hat also die namenlose Unverschämtheit, mich als einen hinzustellen, der gewalthätig gegen die Religion vorgehen wolle, während ich in Wahrheit in meinem Buche jede Gewaltthat gegen die Religion und ihre Diener (ich sage ausdrücklich, daß diese beiden unzertrennlich sind) auf's Entschiedenste verurtheile.

Wögen die Conservativen mein Buch lesen. Sie werden mit dem Inhalt desselben nicht einverstanden sein, aber sie werden mir, wie dies strenggläubige protestantische und katholische Priester öffentlich und privatim wiederholt gethan haben, das Zeugniß ausstellen, daß ich von der Religion stets mit derjenigen Achtung spreche, welche derselben ein Jeder schuldet, und daß ich insbesondere frei bin von der frivolen Sprache jener liberalen, sogenannten „aufgeklärten“ Philister, welche da meinen, die tief ernste Bedeutung der Religion mit der Schneiderelle ihres Hausmannsverständes und ihres glatten Nationalismus messen zu können.

Wöge auch dieses Wahlmanöver wirkungslos bleiben und mögen die Conservativen bedenken, daß es bei der engeren Wahl in ihrer Hand liegt, der Fortschrittspartei einen glänzenden Sieg oder eine furchtbare Niederlage zu bereiten. Man sollte glauben, trotz aller liberalen Manöver sei die Wahl zwischen diesen beiden Möglichkeiten für jeden Conservativen eine leichte.

Barmen-Elberfeld, den 20. März 1867.

J. B. v. Schweizer.

„An die Einwohnerschaft des Wahlkreises Barmen-Elberfeld“  
erließ Herr von Schweizer nach seinem Wahlsieg, den er, wie aus dem oben mitgetheilten Aktenstück erhellt, der erbeteten Unterstützung der Reactionäre verdankte, den nachstehenden Aufruf (Siehe „Sozial-Demokrat“ vom 11. September 1867):

Der Wahlkreis des Wuppertales hat mir die Ehre erwiesen, mich zu seinem Vertreter im „Norddeutschen Reichstag“ zu erwählen. Ich werde suchen, mich dieser Ehre würdig zu zeigen. Mein socialer Standpunkt wird von Niemand in Zwei

sel gezogen; ich brauche daher in dieser Beziehung nichts zu sagen. In politischer Beziehung bemerke ich, daß ich gemäß den Grundsätzen der Partei, der ich angehöre und die mich zu ihrem Führer erkoren(!), in Fragen der Freiheit und des Volksrechtes unwandelbar mit der äußersten Linken (der Fortschrittspartei! A. d. R.) stimmen werde. Sollten ernstliche Gefahren vom Auslande her das deutsche Vaterland bedrohen, so werde ich den König von Preußen, in dem jetzt die nationale Machtstellung Deutschlands gipfelt, und seine Regierung mit aller Kraft, die einem Einzelnen zu Gebote stehen kann, in dem Parlamente wie außerhalb desselben zu unterstützen bestrebt sein.

Im Namen der ganzen Partei, die ich verrete, danke ich aus tiefstem Herzen den social-demokratischen Arbeitern des Wahlkreises für ihre unvergleichliche Haltung, für ihr so grenzenloses opfer- und mühevolltes Ausharren, durch welche dieser große und glänzende Sieg ermöglicht wurde. Den conservativen(!) Arbeitern(?) sage ich Dank dafür, daß sie in richtiger Erkenntniß der Sachlage dem Arbeitercandidaten ihre Stimmen gaben und dadurch auch ihrerseits zu dem Siege beitrugen. Sie hatten richtig erkannt, daß vor Allem die Arbeiterfrage der Gegenstand meiner Bemühungen ist.

Eine große Partei hat dahier meine Wahl auf's Aeußerste bekämpft. Ich kann versichern, daß in meinem Herzen gegen Niemand der leiseste Groll ist. Mögen aber auch meine Gegner nunmehr mit unbefangener Gerechtigkeit meine Haltung verfolgen, und ich gebe mich der Hoffnung hin, manchen Feind zum Freunde zu gewinnen. Es ist meine Pflicht und mein höchstes Glück, für die Arbeitersache zu wirken; aber ich werde es thum mit jener Schonung und Milde, welche man den bestehenden Verhältnissen schuldet! Sind doch diese Verhältnisse nicht das böswillige oder überhaupt willkürliche Machwerk Einzelner, sondern das Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung!

Ein freundliches Lebewohl dem Wuppertal! Ein freundliches Lebewohl insbesondere Euch, Ihr treuen, trefflichen Arbeiter!

Barmen-Elberfeld, 9. September 1867.

J. B. v. Schweizer.

### Contra Schweizer-Hatzfeldt (Wende).

#### Dr. Schweizer-Hatzfeldt (Wende)'schen Versöhnungskomödie.

Ein äußerst charakteristisches Schlaglicht auf den Bund zwischen Herrn v. Schweizer und der Gräfin Hatzfeldt wirft die Art und Weise, wie Beide das von ihnen neu bewahrheitete Sprichwort, „Paß schlägt sich, Paß verträgt sich“, den von ihnen bethörten und corumpirten Arbeitern gegenüber zu entschuldigen und zu rechtfertigen suchen. Natürlich können sie nicht offen zugestehen, daß sie bisher nur ein gegenseitiges Scheingefecht zu Gunsten einer und derselben Person oder Sache ausgeführt haben. Sie nehmen also ihre Zuflucht zu folgendem Mittel:

Herr von Schweizer ließ durch seine bezahlten, bewußten oder unbewußten Werkzeuge, u. A. einen gewissen Literaten Hirsch,\* der jetzt nach Schweizer'scher Directive die Politik im „Sozial-Demokrat“ zu verarbeiten hat, den noch mit Bedenken gegen die Gräfin Hatzfeldt erfüllten Mitgliedern „seines“ Vereins begreiflich machen, daß die Person der Gräfin nur unter einem Präsidenten à la Wende gefährlich oder bedenklich sei, nicht aber ihm, Schweizer, der selbstständig sei und sich von ihr nicht beeinflussen lasse.\*\* Es handle sich bei

\* Nicht zu verwechseln mit dem bekannten Dunder'schen Dr. Max Hirsch, noch mit den ehrlichen Sozialdemokraten Carl Hirsch und J. W. Hirsch.

\*\* Genau dasselbe behauptete von sich Herr Wende, der bei Eintritt seiner Volljährigkeit ein „anständiges Vermögen“ „geerbt“ haben wollte, wie Herr v. Schweizer „nicht ganz“ 80,000 fl. „geerbt“ hat.

der Vereinigung mit der Gräfin lediglich darum, Geld zu erhalten; die Gräfin habe nur zu „blechen“, weiter nichts.\*)

Die Gräfin Hagfeldt ihrerseits ließ durch den Wiedemann Försterling „ihren“ Mitgliedern vorsagen, Schweizer habe sich „gebessert“, seine Irrthümer eingesehen und alle verlangten Concessionen gemacht. Sollte er aber wieder rückfällig werden, oder sollte es sich herausstellen, daß er wirklich ein Schurke und Verräther ist, so sei dies gar nicht so schlimm; deshalb habe man ja die „Freie Zeitung“ behalten. Der Gewinn sei dann der, daß nunmehr auch die Schweizerischen Mitglieder die „unverfälschte“ Organisation Ferdinand Lassalle's angenommen, ihre Vorzüge eingesehen hätten und davon unmöglich wieder abfallen könnten.\*\*)

Kurz, das würdige Paar, das nach Außen hin Ein Herz und Eine Seele zu sein erklärt, muß sich unter der Hand, insgeheim, den Anschein geben, als suche nur eins das andere zu überlisten und auszunützen.

Der eigentliche Sachverhalt bei dieser ganzen niederträchtigen Komödie ist aber wohl sehr einfach.

Was Herrn v. Schweizer betrifft, so mag dieser immer unheimlicher die Verlegenheit empfunden haben, wohl auch von anderer Seite darauf aufmerksam gemacht worden sein, wie er sich über den unverhältnißmäßigen Aufwand, den er treibt, vorkommenden Falles, wenn es nämlich verlangt würde, ausweisen könnte. Der Erbschaftsschwindel ist als solcher längst schon ziemlich allgemein erkannt worden und kann ernstlich nicht aufrecht gehalten werden; der „Sozial-Demokrat“ soll sich nach Herrn v. Schweizer's eigener Behauptung trotz über 5000 Abonnenten, noch immer nicht rentiren, wirft aber jedenfalls noch nichts so Erhebliches ab, um Herrn v. Schweizer's Luxus nur einigermaßen zu ermöglichen; ebenso läßt sich der auf die beiden genannten, mehr oder minder zweifelhaften Vermögensobjekte zurückführbare Personalcredit des Herrn v. Schweizer auch nicht annähernd als so bedeutend darstellen, um einen plausibel scheinenden Erklärungsgrund für die Mittel zur Befriedigung der zahlreichen nobeln und unnobeln Passionen jenes Herren abzugeben. Dazu nun eignet sich ganz vortrefflich die Gräfin, welche Vermögen besitzt und von der viele Leute (unserer Ansicht nach, freilich mit Unrecht) glauben, daß die von ihr für für die „Agitation“ gespendeten Gelder aus ihrer eigenen Tasche fließen. In Wahrheit sieht es nämlich überhaupt mit dem Vermögen der als ziemlich geizig bekannten Gräfin nicht so sonderlich glänzend; auch kann sie nicht über den Kapitalstock selbst disponiren, sondern bezieht nur eine fixe Rente. Herr v. Schweizer wird nun allerdings möglichst viel Geld zur Bezahlung seiner „Agitatoren“ und sonstigen „Agitations“-Unkosten zur Rettung des „köstlichen Kleins der Partei“ von der Gräfin zu erhalten suchen, aber durchaus nicht so viel von ihr empfangen, als nöthig wäre, die Kosten seines luxuriösen Lebens zu bestreiten. Da aber hierfür schon von anderer Seite gesorgt sein wird, ist dieser Umstand für ihn nur von geringer Bedeutung; sein Zweck ist damit erreicht, daß nun alle Strohköpfe der Meinung sein werden, das viele Geld komme theils von der „großen Erbschaft“, theils von der Einnahme aus dem „Sozial-Demokrat“ und theils von der großmüthigen reichen Gräfin.

Die neueste Haltung der Gräfin dagegen, welche früher Herrn v. Schweizer scheinbar zu bekämpfen hatte, wird durch einen von gewisser Seite erhaltenen Wink veranlaßt worden sein, dieser Wink aber durch die gewonnene Ueberzeugung, daß die Agitationen der Gräfin auf die bisherige Weise nach keiner Seite hin von Erfolg begleitet und der Unkosten nicht werth waren, welche sie verursachten. Die Rolle, welche jetzt der edlen Dame zugeadacht wurde, ist eine zweifache, eventuell dreifache. Erstens hat sie vor der Welt (der Einkältigen im Geiste) je nach Umständen als die theilweise oder alleinige Urheberin des auf Herrn v. Schweizer niederströmenden Goldregens zu

gelten; zweitens mußte sie ihr mit vielem Gelde auf die Beine gebrachtes und erhaltenes, trotzdem aber in der Auflösung begriffen gewesenes Heerhäuflein in Sachsen eiligst mit den zerstreuten, dort völlig ohnmächtig gewesenen Mannschaften des Herrn v. Schweizer vereinigen, damit dieser, in den Feldherrnkünften erfahrener als das „jugendliche Genie“ Fritz Mende's, die vereinten Streitkräfte gegen die gefaßte und gefährliche demokratisch-sozialistische „sächsische Volkspartei“ führe; drittens endlich hat die Gräfin mit ihrem Fritz Mende und ihrer „Freien Zeitung“ als Reserve und Rückzugstüßpunkt zu dienen, für den Fall, daß der Feldherr Schweizer die Hauptschlacht verlieren und sich persönlich unmöglich machen sollte.

Ferner bezeichnend für Herrn v. Schweizer und seine gräßliche Verbündete sind nachstehende, uns verbürgte Thatfachen.

Der „edle“ Herr v. Schweizer hat auch unter den Berliner Mitgliedern „seines“ Vereins aussprengeu lassen und gegen eine uns bekannte Persönlichkeit selbst geäußert, sein einmaliger Freund Hoffstetten bezöge gegenwärtig, „obwohl der „Sozial-Demokrat“ noch nichts abwerfe“, von ihm (Herrn v. Schweizer) 600 Thlr. und sei überhaupt mit ihm „nur vorübergehend brouillirt“, da er „unsinnige und ungerechtfertigte Anforderungen“ an ihn gestellt habe, auf welche er (Herr von Schweizer) nicht habe eingehen können.

Wir sind von Herrn v. Hoffstetten ermächtigt, dies insgesammt für unverschämte Lügen zu erklären. Hoffstetten hat sich von Herrn v. Schweizer völlig losgesagt, seitdem dieser ihn durch betrügerische Benützung eines in ihm in betrügerischer Absicht gegen Bethenerungen auf Ehrenwort u. s. w. abgeschwindelten Dokuments zu seinem abhängigen Goldschreiber machen und allen Einflusses auf den „Sozial-Demokrat“ für immer berauben wollte. Seit jener Zeit hat Hoffstetten mit Herrn v. Schweizer in keiner Weise etwas zu thun, weder etwas von ihm anzunehmen noch abzulehnen gehabt. Er besteht nach wie vor auf seinem vollen guten Recht und hat uns ermächtigt, in seinem Namen Herrn v. Schweizer für einen gemeinen Betrüger und verdächtigen eigennütigen politischen Schwindler zu erklären.

Die Frau Gräfin v. Hagfeldt hinwieder hat nach der Generalversammlung von Barmen-Elberfeld durch Herrn Mende mehrmals aber vergeblich Hoffstetten zu bewegen gesucht „für ein außergewöhnliches Honorar“ seine Beschwerdeschrift gegen Herrn v. Schweizer in der „Freien Zeitung“ veröffentlichen zu lassen und die Redaktion der „Freien Zeitung“ zu übernehmen. Hoffstetten lehnte, wie gesagt, dies unter Angabe seiner Gründe und in einer weder für die Gräfin und Mende noch für Schweizer schmeichelhaften Weise entschieden ab. Als hierauf Herr Koller, welchen die Gräfin befragt hatte, ob ihm denn gar keine zur Redaktion ihres Blattes befähigte Persönlichkeit bekannt sei, Herrn v. Hoffstetten nannte und hinzufügte, daß er freilich nicht wisse, ob dieser sie auch übernehmen möchte, bemerkte die gräßliche Präsidentin mit naiver Entrüstung: „Gehen Sie mir doch mit Hoffstetten, der ist ja ein Narr; mit dem ist nichts anzufangen; er steht nicht auf dem Standpunkt Ferdinand Lassalle's und war von jeher ein verkappter Marxianer, der es mit Liebknecht und mit diesen Leuten hält. Auch hätte er sich sonst nicht von „einem Schweizer“ betrügen lassen.“

Denselben Schweizer, mit dem sie heute auch äußerlich auf dem freundschaftlichsten Fuße steht, bezeichnete sie damals noch als „Verräther“ und mit ähnlichen Schmeichelworten. Natürlich:

„Paß schlägt sich, Paß verträgt sich.“

#### Gegen-Erklärung.

In Nr. 72 des „Social-Demokrat“ hat sich ein gewisser Hr. Liebisch\*) in Hamburg veranlaßt gefunden, eine mit der

\*) Für die Richtigkeit der obigen Angabe können wir einen glaubwürdigen Zeugen namhaft machen.

\*\*) Auch hierfür können wir Zeugen anführen.

\*) Er „Agitator für Sachsen“, in welcher Eigenschaft er uns viel

Ueberschrift „Zum Schmah-Artikel des ‚Vorboten‘“ versehene Erklärung zu veröffentlichen. Es ist nicht meine Absicht, das ganze Geschreibsel des Hrn. Liebisch durchzuhecheln; nur die Hauptpunkte, die derselbe gegen das Organ der Internationalen Arbeiter-Assoziation, sowie gegen den Redakteur desselben vorzubringen die Stirn hat, will ich hier hervorheben, um zu zeigen, daß wir es wieder mit einem von jenen jesuitischen Wahrheitsverdrehern zu thun haben, die in der Schweizerischen Gesellschaft nicht sehr selten zu finden sind. — Hr. Liebisch sagt in seiner Erklärung gegen den „Vorboten“ erstens: „Das Internationale Prinzip: Proletarier aller Länder vereinigt euch! ist durch den Genfer „Vorboten“ von Joh. Pfl. Becker in den Staub getreten worden.“ Wodurch dies geschehen, sagt Hr. Liebisch allerdings noch nicht. Doch bald werden wir's hören; aber gleichzeitig werden wir bemerken, daß wir es mit einer „Eintagsfliege“ zu thun haben.

Den Namen Lassalle im Munde, läßt Hr. Liebisch sich vernehmen wie folgt: „Wir sind Lassalleaner, wie unsre Feinde uns auch nennen mögen, und wir fühlen alle im Herzen wohl, welche Aufgabe uns gestellt ist im Kampfe gegen die Ausbeutungsfucht des Kapitals und der Reaktion.“ — Also wirklich, mein lieber, bester Hr. Liebisch, Sie wollen auch wie Schweizer in erster Linie die Ausbeutungsfucht des Kapitals beseitigt wissen, und dann erst die politische Reaktion? — Großer Herr Liebisch, von wem haben Sie das gelernt? Von Lassalle Herr Liebisch, derselbe hat in erster Linie auf den freien demokratischen Volksstaat hingewiesen; dieser muß erst, ehe von einer vollständigen Beseitigung der „Ausbeutungsfucht des Kapitals“ die Rede sein kann, errungen werden, woran allerdings bei der Meute-Schweizer und Genossen im Ernste nicht zu denken ist. — Hr. Liebisch sagt ferner: „Jetzt kommt ein Genfer Böllner, der sich an seine Brust schlägt und laut ruft: Gott der Liebe und Freiheit, ich danke Dir, daß wir hier nicht Lumpenproletarier sind und keinen unter uns dulden. Amen! Es gibt viele Zaunkönige im sozialen Reiche, aber solche Allerweltsvormünder kann es nur in Genf geben.“ — Hr. Liebisch, haben Sie gar nicht daran gedacht, als Sie die Wörtchen „Böllner“ und „Zaunkönig“ in Bezug auf den „Vorboten“ resp. auf dessen Redakteur niederschrieben, daß es Ihnen schwer fallen könne, jene perfiden Ausdrücke aufrecht zu erhalten? Wenn der „Vorbote“ das Wort „Lumpenproletariat“ gebraucht, so bezieht sich dasselbe — ich glaube, Sie wissen dies selbst — nicht auf die ganze Lassalle'sche Partei, sondern nur auf gewisse arbeitsscheue „Führer“ dieser Partei, die ja wirklich vorhanden sind, und die auch wirklich keine rein demokratische Richtung verfolgen, sondern nur Privat- und Sonder-Interessen im Auge haben, wie dies z. B. der Schweizerische Bevollmächtigte für Elberfeld oft genug an den Tag gelegt hat! — Großer Herr Liebisch, „töstlicher Knabe“, der Sie sind! Also durch das Wörtchen „Lumpenproletarier“ ist bei Ihnen das internationale Prinzip in den Staub getreten worden; mit Einem Male kann es jetzt nicht mehr existiren, darf es nicht länger aufrecht erhalten werden; — gilt es doch jetzt, unter der Maske Lassalle's einen Kampf gegen die wirklich demokratischen Brüder in Deutschland einzufädeln. Gilt es doch vor allen Dingen, diejenigen Partei und diejenigen Partei-Elemente zu verläunden und zu verdächtigen, welche nicht auf dem Boden der „Blut- und Eisen“-Politik stehen wie Junker Mendax\*) und Junker Schweizer. Ha! Sehen Sie doch diese Bismarck'schen „Böllner“, sehen Sie doch diese Wagener'schen „Zaunkönige im sozialen Reiche“ — solche „Allerweltsvormünder“, Hr. Liebisch, sind allerdings nur in Berlin und nicht in Genf zu finden! Wie sie so „zweifelsohne“ und unschuldsvoll im weißen Gewande dastehen und auf ihre reine Vergangenheit zurückblicken, diese Bismarck'schen

„Böllner“, diese Wagener'schen „Zaunkönige im sozialen Reiche!“

Ich bin zu Ende, Hr. Liebisch, und will Ihnen zum Abschiede nur noch Eins sagen: nämlich daß wir fest entschlossen sind, gegen jenes Berliner „Böllner- und Zaunkönigthum“ Krieg, unversöhnlichen Krieg zu führen, wegen des Schachers, den diese „Junker“ mit den armen Arbeitern treiben. Der Ruf: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ wird nach wie vor von Genf aus durch die Welt ertönen, und nicht vom Berliner „Böllner- und Zaunkönigthum“ — dessen, Hr. Liebisch, dürfen Sie gewiß sein!

Elberfeld.

Rich. Schmelzer.

Solingen, 7. Juli 1869.

An eine geehrte Redaktion des „Demokratischen Wochenblattes“ in Leipzig richten wir hiermit das Ersuchen, nachstehenden Artikel, welchen wir unterm 24. Juni ds. Js. an die Redaktion des „Sozial-Demokrat“ in Berlin zum Abdruck eingesandt, welchem Verlangen aber bis jetzt noch nicht nachgekommen wurde, (auch im Briefkasten ward nichts bemerkt) in die Spalten Ihres Blattes aufnehmen zu wollen. Warum hat die Redaktion des „Sozial-Demokrat“ die Veröffentlichung unseres Artikels unterlassen — will sie das Recht der Bertheidigung auch beschränken?

„Mit Erstaunen lesen wir in Nr. 72 des „Sozial-Demokrat“ einen Artikel von Hamburg, in welchem der alte unermüdete Kämpfer für die Menschenrechte, Joh. Pfl. Becker in Genf ein „Böllner“ genannt wird. Ein „Böllner“ und „Zaunkönig“ Derjenige, welchen selbst Lassalle, der große Agitator, welchen aber Viele zum modernen Christus machen wollen — Verfasser bewußten Artikels möge doch noch einmal im „Vorboten“ Nr. 5 den Artikel, überschrieben Genf, 18. Mai, mit Bedacht und ohne Vorurtheil lesen — als „Alters-Präsident“ bezeichnete, ein Beweis, daß Lassalle Becker's frühere Wirksamkeit für die Arbeiterfrage anerkannt (und diese Wirksamkeit wird Becker nie aufgeben). Was nun der Hauptpunkt der Beschuldigung gegen den „Vorboten“ resp. Becker, wegen der „arbeitsscheuen, bestechlichen Proletarier“ betrifft, so sind wir überzeugt, wenn überhaupt Becker der Verfasser jenes Artikels ist, daß er damit nicht die gesammte Mitgliedschaft des Allg. deutschen Arbeitervereins gemeint, sondern nur verschiedene Individuen, denen, wie sie zur Genüge bewiesen, vollkommen jener Titel gebührt. Dieses können wir behaupten, ohne eine Anspielung auf jene, in Nr. 72 des „Sozial-Demokrat“ genannten Personen machen zu wollen; und wenn in dem Artikel des „Vorboten“ von einer anderen, als streng demokratischen Richtung in Bezug auf den Allg. deutschen Arbeiterverein gesprochen wird, so wird dieses mit den Wörtern, „wie behauptet wird“ angeführt; also behauptet es jener Artikel nicht selbst.

Wir unsererseits sind von Anfang an Mitglieder des Allg. deutschen Arbeitervereins gewesen und sind es auch noch — fühlen uns aber nicht im Geringsten getroffen, wenn man von arbeitsscheuen, bestechlichen Lumpenproletariern spricht, nehmen auch jene Aeußerung Joh. Pfl. Becker's nicht so auf — (dafür kennen wir Becker), daß er damit uns Proletarier in Lumpenkleidern gemeint, sondern nur jene Schmarotzer, welche aus schmutzigem Eigennutze unsrer großen allgemeinen Sache beigetreten sind; und daß es dieser Subjekte nicht auch dort gibt, hat Becker nicht widerstritten. Auch haben wir an Becker nie jenen „Böllner“ gefunden, welcher an seine Brust schlagend ausruft: ich danke Dir Gott, — daß ich nicht bin wie andre Leute! Was das Wort „Zaunkönig“ gegen Becker gewendet anbetrifft, so ist uns dieses Wort zu ordinär, um darauf etwas zu erwidern!

Der Verf. des Hamburger Artikels möge sich daher solcher unbegründeter, ordinärer Aeußerungen enthalten, und darauf bedacht sein, den Verein, dessen Wiedervereinigung (?) wir freudig begrüßen, von dem sogenannten „Lumpenproletariat“ (Schmarotzern) zu befreien helfen, anstatt daß er jene

Bergnügen und seinem Brodgeber viel Kummer verursachte. Da Schweizer den „Intelligenzen“ Krieg auf Leben und Tod angekündigt hat, so mußte sich Liebisch in der gegenwärtigen Krise natürlich auf Seite Schweizer's stellen.

A. d. R.

\*) Ein lateinisches Wort, das auf deutsch Lügner heißt.

Außerungen im „Vorboten“ falsch auszulegen und, dieselben nach seinem Begriffe (wir wollen die ehrliche Meinung des Verfassers nicht im Geringsten verdächtigen) auf die ganze Partei auslegend, darzustellen sich bemüht.

Im Auftrage:

S. W. Moll.

### An die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins sowie alle Parteigenossen!

Der „Sozial-Demokrat“, oder vielmehr der Redakteur v. Schweiger, strengt sich ungeheuer an, seine Niederlage zu vertuschen. Die Sozial-Demokraten, welche abfallen, trotzdem sie Sozial-Demokraten sind und bleiben, werden weidlich Verräther u. s. w. geschimpft, weil sie die Möglichkeit eines Verraths durch das Zertrümmern der dieselbe bergenden Form beseitigen und nur den Geist der Lassalle'schen Lehre für die Hauptsache halten. Trotz dieses Schimpfens wird der Zusammensturz des Schweiger'schen Gebäudes nicht aufgehalten, und aus den Trümmern desselben wird ein schöneres edleres Gebäude entstehen, an welchem sich die Augen und das Herz eines jeden Arbeiters weiden werden.

Was nun die würdige Vertretung der Partei durch Herrn v. Schweiger betrifft, so wird doch jeder denkende Arbeiter einsehen, daß der Führer einer großen politischen Partei, wie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein ist und sein soll, vor allen Dingen ein moralischer Mensch sein muß; und kein Arbeiter, der Vertrauen zur Führerschaft haben muß, darf einen Makel an demselben finden. Im gewöhnlichen Leben verzeiht man Fehler der Menschen, aber auf dem Gebiete der Politik muß Reinheit des Charakters die erste Grundbedingung bilden, da ohne dieselbe alle höheren edleren Ziele, als Befreiung eines Volks oder eines Theils desselben, nur in den Staub der Erniedrigung gezogen und zu egoistischen Zwecken benutzt werden.

Inwiefern v. Schweiger die Partei würdig vertreten hat, darüber möge Folgendes Auskunft geben:

Zu Gotha hatte sich bei der Nachwahl zum Reichstag im April d. J. ein national-liberales Wahlcomité gebildet, dem ein sozial-demokratisches Wahlcomité — nach Schweiger's Ansicht als besondere Thüringer Arbeiterbewegung eine Sünde!!! — gegenüber stand.

Im national-liberalen Comité hatte der hiesige Justizrath Hr. Sterzing — allerdings aus Aerger, daß wir Sozial-Demokraten bei der Wahl selbstständig vorgingen — geäußert: „Er begreife nicht, weshalb wir mit Schweiger so eine Begebenheit machten, derselbe habe beim Frankfurter Schützenfest 2000 ft. unterschlagen.“

Als echte Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins, und weil unser Ansehen bedeutend gelitten, war es unsere Pflicht, die Wahrheit oder Unwahrheit dieser Behauptung zu erforschen. Ich schrieb deshalb an Hrn. Sterzing, ob er diese Äußerung wirklich gethan und ob er dieselbe beweisen könne, worauf mir derselbe einen Brief\*) zugehen ließ, in welchem die Beschuldigung gegen Hrn. von Schweiger im vollsten Umfange aufrecht erhalten wird.

Damit war also nicht allein v. Schweiger, sondern mit ihm die ganze Partei sehr compromittirt und wir gaben deshalb unserm Vertreter auf der General-Versammlung in Barmen-Elberfeld — Hrn. J. M. Hirsch in Erfurt — diesen Brief, mit dem Auftrage Hrn. Dr. v. Schweiger zu ersuchen, gegen Hrn. Sterzing Klage zu führen resp. sich zu vertheidigen, er sei dieses den Mitgliedern in Gotha schuldig. Hr. Schweiger hat sich aber nicht nur nicht vertheidigt, sondern auch noch erklärt, „da hätte er viel zu thun, wenn er den Gothaer Mitgliedern zu Gefallen klagen sollte!“

\*) Wir haben den Brief, welcher dem Manuscript dieser Erklärung beigelegt war, an Hrn. Rippoldt zurückgesandt.

D. R.

Wir bekamen natürlich einen merkwürdigen Begriff von der Ehre unseres Präsidenten, ferner von der Art und Weise, wie v. Schweiger die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins resp. die Ehre des Arbeiterstandes vertritt und erfuhren auch, daß Hr. Schweiger sich vor der Einrede der Wahrheit wahrscheinlich gefürchtet, denn Hr. v. Hofstetten soll den Thatbestand als wahr bestätigt haben.

Ich frage die Mitglieder der Partei, kann ein solcher Mann, der nach Alinea 2 des § 6 des früheren Statuts des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins vom Vorstande deshalb ausgestoßen werden muß, weil er durch seine sittliche Haltung die Würde des Arbeiterstandes beeinträchtigt hat, Präsident eines solchen Vereins sein?

Es ist uns aus diesen Gründen auch ganz gleichgültig, ob uns Hr. v. Schweiger Verräther nennt oder nicht, wir hätten für ihn passendere Namen; da wir es jedoch mit der Sache und nicht mit Personen zu thun haben, so glauben wir berechtigt und verpflichtet zu sein, bloß solche Thatfachen zur Veröffentlichung bringen zu müssen, welche der Sache Schaden zufügen können, trotzdem sie von einzelnen Persönlichkeiten nicht zu trennen sind, ohne uns auf Schimpereien einzulassen.

Die Begriffsverwirrung ist so groß nicht, wie Hr. Schweiger meint, wenn wir behaupten, daß er einen Staatsstreich im Kleinen ausgeführt habe; ist nicht Louis Bonaparte auch „vom Volke gewählt“ und wird Hr. Schweiger behaupten können, daß Napoleon keinen Staatsstreich ausgeführt habe? Der sogenannte Staatsstreich des v. Schweiger liegt nicht in der Abstimmung über die Vereinigung, sondern er liegt hauptsächlich in der dadurch erfolgten Beseitigung der auf der General-Versammlung zu Barmen-Elberfeld beratenen Statuten. Die Vereinigungsfrage wurde bloß als Lockspeise geboten, um die Arbeiter in die Despotenfälle zu locken, aus der sie sich kaum mühsam befreit hatten.

Also Arbeitsbrüder, schaaft Euch zusammen, kämpft mit uns sowohl in unserer Partei und mit derselben gegen jede Tyrannen-Macht, Lug und Trug!!!

J. Rippoldt,

Namens der Gothaer Sozial-Demokraten.

Herr Moller theilt uns mit, daß er auf Grund der verläumderischen Notiz in Nr. 72 des „Sozial-Demokrat“ gegen Grüwel (den nominellen Redakteur) und Schweiger bei der Staatsanwaltschaft wegen öffentlicher Verläumdung und Beleidigung die Verfolgung beantragt habe.

(Fortsetzung im Hauptblatt.)

### Vermischtes.

\*\*\* Unter dem Titel: „Von spanischen Revolutionen- und Geschichten von Gustav Rasch, wird in der Wiener Verlagsbuchhandlung von A. Hartleben in der nächsten Zeit ein Buch erscheinen, welches die gegenwärtige Lage Spaniens schildert. Sämmtliche Schilderungen aus Madrid, Burgos, Sevilla, Cadix, Cordoba, Malaga, Barcellona u. s. w. sind aus eigener Anschauung des Verfassers entstanden, sowie alle Charakteristiken der einzelnen Persönlichkeiten, beispielsweise der ehemaligen Königin Isabel, ihres Gemals Francisco von Assis, Pater Claret's, der Nonne Patrocinio, Prim's, Serrano's, Topete's, von den Führern der republikanischen Partei Orense's, Garrido's u. s. w. das Resultat persönlicher Bekanntschaft oder ihm in Madrid zugänglich gewordener amtlicher Quellen und Mittheilungen von in den früheren spanischen Hoffkreisen verkehrenden Personen sind. Als das Ziel der spanischen Revolution stellt der Verfasser die Republik hin, deren Proclamierung nach seiner Anschauung unzweifelhaft und nahe bevorstehend erscheint.